

DIE BAUWELT

Zeitschrift für das gesamte Bauwesen

Bezugspreis (Inland): monatlich 1,50 R.-M.
(Einzelheft 50 R.-Pfg.)
Hauptvertrieb: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

8. Januar 1925
Erscheint jeden Donnerstag

Anzeigenpreis 15 R.-Pfg. die 6 gespaltene
Millimeterhöhe.
Rabatt und Vorzugsplatz laut Tarif

16. Jahrgang

Organ der Reichs-Hochbau-Normung

Heft 2

Nachdruck von Nachrichten nur mit Quellenangabe: „Bauwelt“, Berlin;
von Aufsätzen und Preisberichten nur nach Vereinbarung

Beiträge an die Schriftleitung der „Bauwelt“, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26
Amt Dönhof 3600, sind stets willkommen

Der Weg zur freien Wohnungswirtschaft

Von Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff, Frankfurt a. d. Oder

Es gibt kaum ein Wirtschaftsgebiet, über das mehr gesprochen und geschrieben wird als über die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Die größte Schwierigkeit liegt in dem Streit, wem der Inflationsgewinn aus den durch die Inflation entwerteten Häusern zufließen soll. Es streiten sich darum:

- a) die Hausbesitzer,
- b) die Hypothekenbesitzer,
- c) die Mieter,
- d) der Staat.

Wir wollen in diesen Geldstreit, um den sich letzten Endes der Hauptkampf in der Wohnungswirtschaft dreht, nicht eingreifen, jeder hat von seinem Standpunkt aus in gewisser Beziehung recht. Was bedeutet aber in der großen Woge der Inflation Recht und Unrecht? Uns scheint, daß es, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, ein schweres Unrecht an der Allgemeinheit wäre, wenn man dem Hausbesitzer und dem Hypothekenbesitzer die volle Aufwertung geben wollte, und daß es ein ebensolches Unrecht wäre, dem Mieter den Inflationsgewinn allein zufallen zu lassen. Der Staat darf in diesem Falle eingreifen und einen erheblichen Teil des Inflationsgewinns für sich nehmen, um ihn zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwenden.

Es ist für den Staat eine Unmöglichkeit, eine Lösung zu finden, die alle befriedigt, weil eben die Lösung nur immer auf Kosten des einen oder anderen Beteiligten erfolgen kann. Es kann sich also immer nur um eine Lösung handeln, die den geringsten Widerstand schafft. Die Hypothekenbesitzer sind durch die dritte Steuernotverordnung in gewisser Beziehung abgefunden, jedenfalls hoffen sie ernstlich nicht mehr auf eine volle Aufwertung ihrer Friedenshypotheken. Die Hausbesitzer, die bis jetzt durch die Mieterschutzgesetzgebung verhältnismäßig kurz gehalten sind, denken ernstlich auch nicht an die volle Wiederherstellung ihres Friedensvermögens. Sie werden sich damit abzufinden wissen, wenn man ihre Aufwertung um einen bestimmten Prozentsatz erhöht. Sie werden sich damit leichter zufrieden geben, wenn man ihnen gleichzeitig die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Aussicht stellt und damit ihnen wenigstens wieder Verfügungsfreiheit über ihr Vermögen zuerkennt.

Die Mieter müssen letzten Endes jede Erhöhung der Anteile der andern Anwärter auf den Hausbesitz durch erhöhte Miete bezahlen, auch sie werden sich dagegen sträuben. Das darf aber nicht davon abhalten, den Weg der Erhöhung der Miete zu gehen, denn die Angleichung der Miete an die Friedensmiete und darüber hinaus die Angleichung an eine Miete, die den erhöhten Herstellungskosten eines Hauses entspricht, muß erste Aufgabe einer planvollen Wohnungswirtschaft sein.

Jedoch auch hier kann der Staat durch gerechten Ausgleich manchen Widerstand ausschalten. Unbedenklich zur vollen Miete heranzuziehen sind alle diejenigen, die infolge ihres Vermögensstandes oder infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse imstande sind, die Miete zu tragen. Ohne schwere Schädigungen kann auch den Läden und gewerblichen Räumen die volle Friedensmiete auferlegt werden. Ein großer Teil der Arbeitnehmer wird nicht imstande sein, die Mieten zu zahlen. Hier muß der Arbeitgeber eingreifen und muß entsprechend den gesteigerten Mieten die Löhne erhöhen. Nach

meiner Ueberzeugung kann die deutsche Wirtschaft diese Belastung tragen, wenn die sonstige Steuergesetzgebung auf die deutsche Wirtschaft entsprechende Rücksicht nimmt.

Für den großen Teil aller derjenigen, die durch die Inflation um ihr Vermögen gekommen sind, muß der Staat eintreten, indem er die erhöhten Mieten aus einem besonderen Wohlfahrtsfonds deckt. Er kann das unbedenklich tun, weil ihm aus der erhöhten Hauszinssteuer erhöhte Einnahmen zufließen.

Die Steigerung der Miete ist notwendig: einmal, um durch sie die Mittel für den zur Behebung der Wohnungsnot notwendigen Wohnungsbau zu beschaffen, weiter, um den Bau neuer Wohnungen wieder wirtschaftlich zu machen. Je höher die Mieten in den alten Wohnungen sind, um so geringer wird der unwirtschaftliche Zuschuß für Neuwohnungen werden, und um so mehr neue Wohnungen lassen sich schaffen.

Die Steigerung der Miete ist auch deswegen notwendig, weil sich auf die Dauer die ungleiche Preisbehandlung alter und neuer Wohnungen nicht ertragen läßt. Die Wirtschaft kann bei der Bemessung von Unterhaltung und Lohn nicht darauf Rücksicht nehmen, ob der eine oder andere ihrer Angestellten im Neubau eine höhere Miete zahlt, sie muß aber auf erhöhte Miete Rücksicht nehmen, wenn sie ganz allgemein eintritt.

Es ist selbstverständlich unmöglich, die Steigerung der Miete über die Friedenssätze hinaus auf einmal vorzunehmen. Die dritte Steuernotverordnung schlägt in ihrem ersten Entwurf eine auf mehrere Jahre verteilte Steigerung der Miete bis zur vollen Friedenshöhe vor. Es ist bedauerlich, daß dieser Entwurf nicht Gesetz geworden ist, wir wären dann in der Wohnungswirtschaft erheblich weiter. Der Weg zur freien Wohnungswirtschaft erfordert die sofortige Festlegung dieser Steigerungen unter allen Umständen. Dabei ist es unwesentlich, auf welchen Zeitraum sich die Steigerung verteilt.

Nachdem so in finanzieller Hinsicht die freie Wohnungswirtschaft vorbereitet ist, ist die Frage der Wohnungsbeschaffung zu regeln. Selbstverständlich darf die freie Wohnungswirtschaft erst wieder eingeführt werden, wenn die notwendigste Anzahl der Wohnungen vorhanden ist. Ich gebe denen nicht Recht, die behaupten, daß gesteigerte Mieten und freie Wohnungswirtschaft allein den Wohnungsmarkt regeln könnte, dafür ist der tatsächliche Mangel an Wohnungen zu groß. Sicher wird aber die Erhöhung der Miete einen starken Einfluß auf die Milderung der Wohnungsnot ausüben, weil viele Mieter ihre übergroßen Wohnungen nicht mehr halten können, weil eine Anzahl großer Wohnungen nicht mehr vermietbar sein wird, diese von den Hausbesitzern aus eigenem Interesse geteilt werden und so die Zahl der Wohnungen ganz wesentlich erhöht wird.

Das reicht aber nicht aus. Der Neubau einer sehr großen Zahl von Wohnungen wird notwendig sein, um einen Aus-

Bau-Archiv der „Bauwelt“ für 1925

Weitere Beiträge auf den Seiten 28 und 29

gleich auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen. Wir brauchen dazu keine Statistiken, weil sie in dem Augenblick falsch werden, wo erhöhte Mieten die ganze Wohnungswirtschaft umändern. Die aus den erhöhten Mieten dem Staat zufließenden Beträge müssen selbstverständlich dem Wohnungsbau in der Hauptsache zugeführt werden, und diese Mittel werden ausreichen, um so viel Wohnungen zu bauen, als überhaupt durch die vorhandenen Bauhandwerker und die vorhandenen Baustoffe gebaut werden können.

Sind auf diese Weise die Vorbedingungen für die freie Wohnungswirtschaft geschaffen, dann können alle Bestimmungen für den Mieterschutz und Zwangswirtschaft aufgehoben werden. Die Vorbereitungen für die freie Wohnungswirtschaft werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit ist die Zwangswirtschaft systematisch zu lockern. Von Anfang an muß das Mieterschutzgesetz mehr als bisher nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingestellt werden. Unsere deutsche Wirtschaft verträgt es nicht, daß ein Geschäftsmann nur deswegen sein Geschäft nicht erweitern kann, weil die Mieterschutzgesetzgebung den Mieter schützt, der die zur Erweiterung des Geschäfts notwendigen Räume bewohnt. Solange die Zwangswirtschaft besteht, kann der Kaufmann nicht verlangen, daß ihm die zur Erweiterung des Geschäfts erforderlichen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden, aber wenn er eine Ersatzwohnung schafft, muß der Mieter ziehen, und das muß durch Gesetz festgelegt werden. Sonst kann es vorkommen, daß monatelange vielfach erfolglose Verhandlungen zwischen den nicht immer wirtschaftlich denkenden Regierungsstellen und dem Kaufmann notwendig sind. Die Läden und gewerblichen Räume müssen möglichst bald aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden. Die Prozentsätze für die Mieten in diesen Räumen müssen schneller gesteigert werden als in den Wohnungen, weil die Läden eine erhöhte Miete leichter ertragen können. Die erhöhten Mieten fließen zu einem erheblichen Teil dem Staate zu, werden dadurch wieder dem Wohnungsbau nutzbar und helfen damit schneller die freie Wohnungswirtschaft einleiten.

Möblierte Zimmer sind vor kurzem vom Wohlfahrtsministerium aus der Zwangswirtschaft herausgenommen worden.

Der Grundsatz, daß dem Hauswirt ein nicht genehmer Mieter nicht aufgezwungen werden kann, muß mehr ausgebaut werden. Wir müssen schon im Interesse des Hausfriedens dahin kommen, daß der Hauswirt sich seinen Mieter aus einer gewissen Anzahl Wohnungssuchender auswählen kann.

Man sollte weiter jedem Hausbesitzer die Möglichkeit geben, sich aus der Zwangswirtschaft loszukaufen, wenn er die vom Staat auf seinen Hausbesitz gelegten Hauszinssteuern kapitalisiert zurückzahlt. Nehmen wir an, daß die dem Staate dauernd zufließenden Anteile an einem Hause 30 v. H. oder bei einer Wohnung mit dem Mietwerte von 1000 Mark = 300 Mark ausmachen, so müßte ein Loskauf aus der Zwangswirtschaft mit dem 15- oder 20fachen Betrage der Hauszinssteuer möglich sein. Die kapitalisierte Hauszinssteuer würde weiter die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel wesentlich verstärken.

Bei der Lockerung der Zwangswirtschaft und bei der Einführung der freien Wohnungswirtschaft nach Ablauf einer Reihe von Jahren wird voraussichtlich noch eine Anzahl Wohnungssuchender übrig bleiben. Insbesondere werden die minderbemittelten kinderreichen Familien schwerer eine Wohnung finden. Für sie muß fortdauernd Staat und Gemeinde eintreten. Sie können das, weil ja die Hauszinssteuer auch nach Ablauf der Zwangswirtschaft weiter fließen und damit dauernd Mittel für den Wohnungsbau bereit stehen.

Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat es mit sich gebracht, daß im Hausbesitz noch erhebliche Inflationsgewinne zur Verfügung stehen, die bis jetzt, wie nachgewiesen ist, in der Hauptsache dem Mieter und dem Staate zufließen. Wir haben gezeigt, daß eine gesunde Entwicklung auf dem Gebiete des Wohnungswesens und die freie Wirtschaft nur möglich ist durch Steigerung der Mieten. Die gesteigerten Mieten werden aus Gerechtigkeitsgründen nur zu einem Teil dem Hypothekenbesitzer und dem Hausbesitzer zufließen, der Haupterbe wird der Staat sein. Was

wird nun letzten Endes mit diesem dem Staat zufallenden Inflationsgewinn nach Aufhebung der Zwangswirtschaft? Ihn ganz dem Hausbesitzer zu schenken, wäre ungerecht, nachdem man den Hypothekenbesitzer mit einem Bruchteil seines Vermögens abgefunden hat. Es wird also logischer und gerechterweise nur übrig bleiben, dem Hausbesitzer eine tragbare Staatshypothek auf das Grundstück einzutragen. Die Staatshypothek müßte vom Hausbesitz mit einem mäßigen Zinssatz verzinst werden. Die Erträge dieser Zinsen würden dem Staate zufließen und fortdauernd dazu beitragen, die Wohnungsherstellung in Fluß zu halten und die Wohnungsfrage dauernd zu lösen. Die aus diesem Fonds fließenden Hypotheken müßten zu einem mäßigen Zinssatz nicht allein für Neubauten, sondern auch für die Erhaltung und Verbesserung der alten Wohnungen gegeben werden. Damit würde man dem alten Hausbesitz in gewisser Beziehung unter die Arme greifen, vor allen Dingen könnten aber mit diesen Summen neue Wohnungen finanziert werden, die trotz höherer Baukosten einen bestimmten Prozentsatz der Friedensmiete nicht überschreiten.

Nur so kann der Weg zur freien Wohnungswirtschaft gefunden werden. Noch ist es Zeit, durch ein entsprechendes Gesetz alle die Fragen, die die Zwangswirtschaft ungelöst läßt, wenn auch nicht in allen Teilen gerecht, so doch nach großen Gesichtspunkten und nach wichtigen Forderungen des Allgemeinwohles zu lösen. Es gibt Schwierigkeiten, die im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht angedeutet sind. Aber alle sind überwindbar. Andererseits kann ein falscher Teilbeschluß den Weg zur freien Wirtschaft, der zum Nutzen der Allgemeinheit gegangen werden muß, endgültig versperren.

Wir brauchen nicht die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, aber wir brauchen das Gesetz: „Die Ueberleitung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen in die freie Wohnungswirtschaft.“

Gefahren der Schmelzwasserbildung bei Schneefall

Wetterkundige behaupten, daß wir in den nächsten Jahren eine Reihe strenger Winter zu erwarten hätten. Sollten sie recht behalten, dann werden sich einige Vorgänge wiederholen, die im vorigen, außergewöhnlich schneereichen Winter sowohl ältere, mit Sammelheizung versehene Häuser, als auch Neubauten in Gefahr brachten. Es wird daher nützlich sein, rechtzeitig auf diese Gefahren hinzuweisen. Dieser Winter ist freilich milde.

Die meisten Sammelheizungen haben ihr Hauptverteilungsrohr im Dachboden. Da es an sich am zweckmäßigsten ist, die Heizkörper unter den Fenstern aufzustellen, ordnet man das Hauptverteilungsrohr selbstverständlich tunlichst senkrecht über den Heizkörpern an, d. h. im Dachboden liegt es also notwendig in dem Winkel zwischen dem Dachfußboden und der schrägen Dachfläche. Hier stört es auch die Benutzbarkeit des Bodenraumes am wenigsten. Obwohl es gewöhnlich eine Schutzhülle aus Kieselgur oder dgl. gegen Wärmeverluste hat, gibt es doch noch beträchtliche Wärmemengen ab, wie man sich leicht überzeugen kann. Diese Wärme ist in gewöhnlichen Zeiten unschädlich, kann aber in schneereichen Wintern besonders dann gefährlich werden, wenn die Dachneigung so flach ist, daß größere Schneemassen auf ihr liegen bleiben. Die dicke Schneehülle hält die Kälte ab, und die strahlende Wärme des dicht unter der Dachhaut liegenden Hauptverteilungsrohres bringt daher die unterste Schneeschicht zum Schmelzen. Das Schmelzwasser läuft in die Dachrinnen, friert dort aber sogleich wieder, füllt die Rinnen mit Eis und läuft dann, riesige Eiszapfenbehänge bildend, über die Rinnen hinweg. Durch das Gewicht dieser Behänge verbiegen sich die Dachrinnen, reißen auch wohl teilweise los. Ist die Eismasse so dick geworden, daß das Schmelzwasser keinen Ausweg mehr über die Rinnen hinweg findet, so steigt es am Dachfuß in die Höhe und sucht sich andere Abflußwege. Es läuft also in das Innere des Hauses, durchfeuchtet Außenmauern und Zwischenbeden und richtet unter Umständen schweren Schaden an. Bei gleichzeitiger großer Kälte friert der Außenputz ab, auch das Mauerwerk selbst kann zerfriren. Man muß also das Hauptverteilungsrohr besonders sorgfältig ummanteln, am besten durch einen mit Sägespänen gefüllten Holzkasten, wodurch gleichzeitig der Wärmeverlust weiter eingeschränkt wird. Außerdem ist es aber unbedingt nötig, die Wärme im Dachboden dauernd zu beobachten und, sobald sie mehr als etwa + 5 Grad C. beträgt, die Dachfenster zeitweise zu öffnen.

Genau dieselben Gefahren treten in Neubauten auf, die trocken geheizt werden sollen. Auch hier muß die Wärme im Dachboden dauernd beobachtet werden, um zu verhüten, daß Schmelzwasser in gefahrbringendem Maße entsteht.

Regierungsbaurat Oskar Stegmann.

Die Marktlage der Baustoffe

Von Dr. Alfred Middell, Essen

Dem Rückblick im letzten Heft der „Bauwelt“ folgt hier eine Betrachtung über die wirtschaftliche Entwicklung der Marktlage bei den einzelnen Baustoffen im Jahre 1924. Die Schriftleitung.

1. Zement.

Zu Beginn des Jahres 1924 waren die Werke unter den geschilderten Folgen der Inflation und der Ruhrbesetzung auf einem seit Jahren nicht gekannten, glücklicherweise seitdem nicht wieder erreichten Tiefstand des Beschäftigungsgrades angelangt. Damals lag die Hälfte sämtlicher Betriebe still; der Rest arbeitete in Teilbetrieb, d. h. nur mit der Fertigseite (Mühle, Packerei). Die bis kurz vor Ende 1923 in Geltung gebliebene amtliche Festsetzung der Zementpreise durch das Reichswirtschaftsministerium hatte sich als viel zu schwerfällig und langsam erwiesen. Dieser Preisbewirtschaftung ist es neben den allgemeinen Folgen der Inflation in erster Linie zuzuschreiben, wenn die Zementindustrie bei Eintritt in das Berichtsjahr den Verlust sozusagen ihres gesamten Betriebskapitals zu beklagen hatte. Infolgedessen konnten, zumal auch das Baugeschäft infolge des Grotes darniederlag, die Werke erst im März und April nur langsam wieder den Betrieb aufnehmen.

Die bereits näher beleuchtete Krise im Baugewerbe macht es erklärlich, wenn der Gesamtzementabsatz in Rheinland-Westfalen trotz der schon im Jahre 1923 niedrigen Absatzfiguren in diesem Jahre wiederum geringer geworden ist und mit noch nicht zwei Drittel des Absatzes des Jahres 1922 sich nur auf 50 v. H. des Vorkriegsverbandes hält. Auch im Jahre 1924 noch war der Rheinisch-Westfälische Zementmarkt im Geschäftsverkehr mit seinem Hauptabsatzgebiet, dem eigentlichen Ruhrbezirk und dem übrigen Rheinland ganz außerordentlich behindert durch die Zoll-Linie, die erst im ersten Drittel des Monats September fiel.

Unter ihrem Schutz hatte sich schon 1923 ein sehr starker Wettbewerb hochwertiger ausländischer Marken (Schweiz, Belgien, Luxemburg) an Rhein und Ruhr breitgemacht. Erst nachdem Mitte November Deutschland die Zollhoheit an der Westgrenze zurückerlangte, gelang es, diesen fremdländischen Wettbewerb, der teilweise die Form eines richtigen Dumpings angenommen hatte, aus dem Felde zu schlagen.

Wenn auch im Berichtsjahre aus Verbraucherkreisen hin und wieder über zu hohe Zementpreise Beschwerde geführt wurde, so ist hierbei zu beachten, daß in den Preisen einmal die Verpackung enthalten ist und weiterhin, daß es sich um Stationsfrankopreise handelt.

So ist der hohe Frachtanteil in den Listenpreisen schon enthalten, die je nach der Entfernung verschieden sind und durch ihn in weiter gelegenen Teilen der Absatzgebiete unverhältnismäßig aufgebläht werden. In jedem Falle spielt der in den Preisen enthaltene Frachtanteil eine sehr starke Rolle, und zwar um so mehr, als Zement zu den Schwergütern zählt, so daß der wertmäßige Anteil der an sich schon zu hohen Frachtkosten, am Werte der Ware gemessen, eine verhältnismäßig noch größere Rolle spielt, als es bei normalen Wirtschaftsgütern der Fall ist. Der hohe Frachtanteil ist demnach in erster Linie schuld daran, daß der Preis gegenüber dem Vorkriegsstand zahlenmäßig höher steht. Zieht man den Durchschnitt aller Frachten und ermäßigt den Zementpreis um die gefundene Zahl, so ergibt sich, daß der verbleibende Durchschnitts-Abwertpreis kaum nennenswert über demjenigen der Vorkriegszeit steht. Eine gewisse Spanne gegenüber der Vorkriegszeit ist aber, wie überall, notwendig, weil die Rohstoffe und Hilfsstoffe, insbesondere Kohlen, Schmiermittel usw., zum Teil noch erheblich über Friedenspreisen stehen. Jedenfalls ist der den Werken als Erlös zufallende Betrag unter der Höhe desjenigen von 1914, obwohl, wie bekannt, die Zementindustrie auch damals nicht blühte und infolgedessen nicht etwa besonders hohe Preise verlangen konnte.

Die letzte am 1. November 1924 vorgenommene Preisänderung in Rheinland-Westfalen war die sechste Preisumstellung bzw. Herabsetzung in diesem Jahre. Hierbei ist zu beachten, daß der zu Beginn des Jahres 1924 bestehende Preis im grundsätzlichen Aufbau und in der Zusammensetzung der einzelnen Preisanteile noch durchaus auf der Unterlage der amtlichen Preisfestsetzung des Reichswirtschaftsministeriums beruhte.

Die Preisänderungen des Jahres 1924 sind der Deffektivität nicht in allen Fällen als Verbilligung für den Gesamtmarkt zum Bewußtsein gekommen; vielleicht deshalb nicht so sehr, weil zum Teil Preisausgleichungen damit verbunden waren, so daß den im Endergebnis durchaus überwiegenden Preisermäßigungen in gewissen weniger erheblichen Teilen des Absatzgebietes Preis erhöhungen gegenüberstanden.

Wenn im Berichtsjahr vielfach Klagen über die Zahlungsbedingungen aufgetaucht sind, so ist festzustellen, daß auch hierin zwar eine Erleichterung eingetreten ist, ohne daß es aber bisher sachlich möglich war, die diesbezüglichen, sehr viel weitergehenden, auch vielfach nach Lage der Dinge übertriebenen Wünsche zu befriedigen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird aber mit der erhofften Verbilligung des Geldes im neuen Jahre mit weiteren Erleichterungen gerechnet werden können.

Die Unsicherheit, die infolge der Ungewißheit über die Syndikatsfrage in Rheinland-Westfalen in den letzten Monaten bestand, und den Markt beunruhigte, ist noch kurz vor Jahreschluß dadurch geschwunden, daß die Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen Zement-Verbandes beschlossen haben, untereinander einen Verlängerungsvertrag, vorläufig für die Dauer eines Jahres, d. h. bis Ende 1925, einzugehen.

In der Zement-Ausfuhr hat die Zementindustrie auch im vergangenen Jahr wiederum mit Verlusten gearbeitet. Die im Ausland erzielten Preise unterliegen bekanntlich nicht der selbständigen Festsetzung durch den Verkäufer, sondern sie richten sich durchaus nach den Weltmarktpreisen, die gegenüber dem sehr starken englischen, vor allem auch belgischen und lothringischen Wettbewerb auf dem außerdeutschen europäischen Markt erzielt werden können. Zu der grundsätzlichen Frage, ob man trotz der minderen Erlöse den Preiskampf im Ausland durchhalten und sich dort mit geringeren Preisen zufrieden geben soll, ist zu sagen, daß die deutsche Volkswirtschaft ohne den Absatz auf fremden Märkten überhaupt nicht auskommen kann. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand und sind allerwärts bekannt. Wenn für kürzere oder auch längere Zeit das Auslandgeschäft einmal weniger einträglich ist und dem Inlandsgeschäft schenbar teilweise zur Last fällt, so darf dies im Hinblick auf die Zukunft kein Grund sein, die Verbindung mit den ausländischen Geschäftsfreunden kurzerhand abubrechen und damit Märkte freiwillig zu verlieren, die nur mit erheblichen Anstrengungen und großem Zeitaufwand ganz allmählich wieder zu gewinnen wären. Vielfach hat man auf Grund der von der deutschen Zementindustrie im Ausland — insbesondere auf dem Hollandmarkt — erzielten verhältnismäßig geringen Preise auf Ueberforderungen im deutschen Inlandzementgeschäft geschlossen. Diese Auffassung ist unzutreffend und in erster Linie als feindliche und böswillige Macho anzusehen. Ein Auslandsabsatz zu Verlustpreisen braucht für die deutsche Industrie nicht unter allen Umständen ein absoluter Verlust zu sein. Es kann mittelbar doch ein Vorteil auch für den innerdeutschen Markt dadurch herauspringen, daß durch Hinzunehmen des Auslandsabsatzes vermittelst des damit erzielten höheren Leistungsgrades der Erzeugung und der daraus wieder folgenden Verringerung der allgemeinen Unkosten die Preise sich niedriger halten lassen, als es ohne

Auslandsgeschäft möglich wäre. Dieses trifft offenbar im vorliegenden Falle zu.

In technischer Beziehung ist in der Zementindustrie im vergangenen Jahre mit ganz besonderem Nachdruck darauf hingearbeitet worden, in den Druck- und Zugfestigkeiten erhebliche Verbesserungen zu erzielen. Dies ist in sehr bemerkenswertem Umfange gelungen. Der Qualitätsgedanke hat sich tatsächlich bereits so weit durchgesetzt, daß die deutschen Normen heute nur noch auf dem Papier stehen und Uebernormenfestigkeiten von 50 v. H. im Handel als üblich und selbstverständlich betrachtet werden.

Außerdem wurde die Herstellung eines besonderen hochwertigen Spezial-Portland-Zements aufgenommen, bei dem bereits nach drei Tagen die gleichen Festigkeiten verbürgt werden, wie sie nach den deutschen Normen nach 28 Tagen vorgeschrieben sind, und auch dessen Endfestigkeiten erheblich über denjenigen der Portland-Zemente liegen. Tatsächlich werden bei den verschiedenen Werken des hochwertigen Spezial-Portland-Zements die verbürgten Festigkeiten weit übertroffen.

Die Vorzüge der Verwendung des hochwertigen Spezial-Portland-Zements bestehen darin, daß bei Betonarbeiten eine frühere Ausschalung stattfinden kann, die Schalungshölzer also früher wieder verwendet werden können. Damit entsteht die Möglichkeit der früheren Ingebrauchnahme der Bauwerke und gleichzeitig eine Verringerung der Baukosten aus den verschiedensten Gründen.

Mit besonderer Befriedigung ist der hochwertige Spezial-Portland-Zement von der Zementwaren-Industrie begrüßt worden, da er eine Verringerung des Kapitalaufwandes, der Zinslasten, schnelle Versandbereitschaft usw. ermöglicht.

Zementwaren.

Der zunächst strenge Winter zwang die Zementwaren-Industrie wochenlang stillzuliegen. Erst im März und April wurde das Geschäft lebhafter. Allerdings litt es unter der Kredit- und Geldnot sehr. Auch waren die Preise das ganze Jahr über wenig befriedigend; zum Teil mußte zu Selbstkosten verkauft werden. Von Juli ab war eine Belebung des Geschäftes zu verzeichnen, die bis zu diesem Augenblick angehalten hat und von der man in den Kreisen der Zementwaren-Fabrikanten annimmt, daß sie im Frühjahr von einer kräftigen Aufwärtsbewegung des kommenden Jahres abgelöst werden wird.

Kalk.

Die wirtschaftliche Lage der Kalkindustrie im Berichtsjahr war, als Ganzes betrachtet, vielleicht noch um einige Grade schwieriger, als diejenige der Zementindustrie. Die durch die Ruhrbesetzung und durch die Zoll-Linie entstehenden Verkehrsstörungen waren für den Kalkabsatz verhältnismäßig noch nachteiliger, da Kalk infolge seiner geringen Wetterbeständigkeit ganz besonders auf ungehinderten Abtransport angewiesen ist. Auch hemmte der Zoll für gemahlene Kalk, der verhältnismäßig höher war als für Zement, stark das Geschäft.

Zwar besserten sich nach Inkrafttreten der Micumverträge und des Mainzer Eisenbahnabkommens, soweit die westfälische Kalkindustrie in Frage kam, langsam die Transportmöglichkeiten nach Empfangsstationen des westfälischen Gebiets; die Stabilisierung der Währung aber hatte der Kalkindustrie schon vorher eine ernste Absatzstockung gebracht. Fast sämtliche Werke waren vorübergehend zur Stilllegung gezwungen. Ungünstig mag im übrigen auf die Absatzlage der sehr lange und strenge Winter, der keinerlei Bautätigkeit aufkommen ließ, eingewirkt haben.

Zu Beginn des Monats Februar 1924 begannen in mäßigem Umfange die Abrufe wieder einzusetzen. Sie bewegten sich in aufsteigender Linie, so daß fast alle Werke, wenn auch noch in bescheidenem Umfange, gegen Ende März 1924 den Betrieb wieder aufgenommen hatten. Im Juni kam ein neuer Rückschlag, der bisher angehalten hat und dazu führte, daß nur ein Viertel der normalen Er-

zeugung zum Versand gelangte. Hierzu trat ein schleppender Zahlungseingang.

Seit Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel war die Preisentwicklung wenig günstig verlaufen. Der scharfe Wettbewerb der Werke untereinander veranlaßte einzelne von ihnen, besonders in Westfalen, sogar unter Selbstkosten, zu verkaufen. Die bisherige — allerdings nur lose — auf die Festsetzung gemeinsamer Mindestpreise beschränkte Preiskonvention ging in Westfalen infolgedessen zu Bruch. Dadurch ist es soweit gekommen, daß für Stückkalk teilweise nur noch ein Preis von 85 bis 90 M. je 10 Tonnen verlangt wird. Die Kalk-Ausfuhr war vollkommen lahmgelegt; dagegen zeigte sich leider eine immerhin nicht unerhebliche Kalkzufuhr aus der Schweiz, der Tschecho-Slowakei, Belgien und Schweden.

Ziegel.

In der Ziegel-Industrie machten sich vor allen Dingen aus der Inflationszeit stammende Hamstervorräte bemerkbar, die zu jedem Preise angeboten wurden und nicht nur vorübergehend eine scharfe Preissenkung, teilweise bis zu einem Bruchteil der Vorkriegspreise, herbeiführten. Danach besserte sich jedoch der Preisstand halb, um alsdann wieder infolge der Enttäuschung über den schlechten Ausfall der Bau-saison und der damit verbundenen Absatzstockung einer Preissenkung Platz zu machen. Damals wurden im engeren Industriebezirk Mauerziegel mit 60 v. H. der reinen Herstellungskosten verkauft.

Ueberhaupt liegen die Verhältnisse in der Mauersteinziegelei mehr als traurig. Ein großes Sterben hat in den Betrieben eingesetzt, so daß die Zahl der stillliegenden und auf Abbruch verkauften Ziegeleien mit der Zeit sehr stark angewachsen ist. Offenbar macht sich hierbei ein Drängen nach Zusammenlegung geltend, von der man eine bessere Auswertung der technischen Einrichtungen und damit eine größere Wirtschaftlichkeit erwartet. Aus einem Rundschreiben der Rheinisch-Westfälischen Ziegel-Industrie vom August 1924 ergibt sich, daß 86 v. H. der Ziegeleien stilllagen, während der Rest der Werke zum Teil mit größter Einschränkung arbeitete. Von den im genannten Bereich in normalen Zeiten arbeitenden Ziegeleiarbeitern waren damals nur noch einige Hundert tätig. Trotz des unzulänglichen Absatzes aber waren die Vorräte bei den Ziegeleien erheblich geringer als in früheren Jahren.

Auch in der Dachziegel-Industrie war die Beschäftigung im Berichtsjahr unerfreulich. Die Dachziegel- und Steinzeugröhrenwerke im Brüggener (linksrheinischen) Bezirk lagen seit Beginn der Ruhrbesetzung, d. h. seit März 1923 fast ganz still.

Kalksandstein.

Die Entwicklung in der Kalk-Sandstein-Industrie hielt, was Preise, Beschäftigung, Erträge usw. betrifft, mit derjenigen der Mauerziegel-Industrie ziemlich gleichen Schritt, so daß es sich erübrigt, besondere Einzelheiten zu erwähnen.

Bims.

Mit den Erzeugnissen der Bims-Industrie verhält es sich ähnlich. Erst gegen Ende des Jahres gelang es wieder, zu Preisen zu kommen, die eine ganz geringe Verdienstspanne ließen. Neben dem eigentlichen Bimsstein kommt die Verwendung von Bimshohlkörpern und Bimsdielen immer mehr auf. In dieser Beziehung hat die Bimsindustrie im Berichtsjahr, was maschinelle Herstellungsweise und Verwendung hochwertiger Spezial-Portland-Zemente anbetrifft, sehr ernsthafte und eifrige Versuche gemacht.

Bau- und Monier-Eisen.

Bauträger- und Monier-Eisen konnten im Frühjahr 1924 eine Preis-Hausse verzeichnen, so daß die Preise auf 150 M. je Tonne stiegen, das ist rd. 50 v. H. über Vorkriegspreise. Bald danach begann ein Preisabstieg, der den Tonnenpreis auf rd. 107 M. senkte. Die Beschäftigung der Eisenwerke war damals schlecht, und der Verkauf mußte unter Selbst-

Kostenpreis in ungefährer Höhe der Vorkriegspreise vor-
genommen werden. Im November begann eine neue Preis-
steigerung, so daß am Jahresende Eisenträger auf 125 M.
bis 130 M. kamen. Dünnere Monier-Stabeisen erfordert zur-
zeit eine Lieferfrist von 2 bis 3 Monaten.

Die jetzigen Preise lassen noch wenig Gewinn. Infolge-
dessen hat das Geschäft bisher keinen allzu großen Umfang
angenommen; allerdings arbeiten die Eisenwerke infolge der
Unübersichtlichkeit der nächsten Zukunft zum Teil noch ein-
geschränkt. Die erwähnte Preissteigerung zum Schluß des
Jahres ist u. a. mit auf die Anregungen zurückzuführen, die
der Preisstand durch die Verbandsbildungsbestrebungen in
der Eisenindustrie erfahren hat.

*

In sozialpolitischer Beziehung verlief das
Berichtsjahr in der Bauwirtschaft, abgesehen von den schon
erwähnten Streitigkeiten im Baugewerbe, ohne ernstere
Zwischenfälle. Fast überall in der Baustoff-Industrie wurden
im Laufe des Jahres Abkommen zur Verlängerung
der Arbeitszeit geschlossen. Es kann festgestellt werden,
daß nach der Einführung der verlängerten Arbeitszeit die
stündliche Leistung der Arbeiter sich erfreu-
lich gehoben hat.

In größeren Abständen sind im Laufe des Jahres Löh-
nerhöhungen erfolgt, so daß zumeist die Kaufkraft
der Löhne, an der Reichsindexziffer gemessen, im großen
und ganzen derjenigen des Vorkriegsstandes entspricht, ins-
besondere bei Berücksichtigung des sozialen Lohnanteils in
Gestalt des Familienlohnes. Ob sich dieser Nominalstand der
Löhne auf die Dauer halten lassen wird, erscheint fraglich, da
die Gesamtwirtschaft einschließlich der Arbeiterschaft unter
dem Einfluß der Reparationen ohne einen gewissen Ent-
behrungsfaktor nicht auskommen wird. So wird es
eine Aufgabe von wirtschaftlicher und politischer Beziehung
werden, eine ausreichende Kaufkraft der Löhne nicht von
der Geldseite her durch zahlenmäßige Lohnerhöhungen
sicherzustellen, sondern von der Warensseite aus, d. h.
durch eine Verbilligung der Lebenshaltung im ganzen.

(Ein Aufsatz über die Aussichten für 1925 folgt im nächsten Heft.)

Der Automobilstraßenbau

Geheimer Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. Briz, Vorstand der
Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau, schreibt uns:

In Heft 52 der „Bauwelt“ auf Seite 1334 finden wir eine
Notiz mit der Ueberschrift: „Eine Straßenbau-Gesellschaft“,
in der Sie Mitteilung von der Neugründung der Westdeutschen
Begebau-G. m. b. H. in Düsseldorf machen, diese Gesellschaft als
eine Gegengründung für die Studiengesellschaft für Automobil-
straßenbau bezeichnen und dabei der Meinung Ausdruck geben,
daß die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau für den
Bau von Betonstraßen einträte.

Zwischen einer Erwerbsgesellschaft, wie der Westdeutschen
Begebau-G. m. b. H., und unserer Studiengesellschaft, die rein
ideale Ziele verfolgt, wird sich kaum eine Parallele ziehen lassen.
Die Ansicht, die Studiengesellschaft setze sich allein für den Be-
tonstraßenbau ein, ist unzutreffend. Nach ihren Satzungen ver-
folgt die Studiengesellschaft den Zweck, „alle Kräfte, die wissen-
schaftlich, technisch und wirtschaftlich am Automobilstraßenbau-
wesen interessiert sind, zu einheitlicher Forschungsarbeit auf dem
Gebiete des Automobilstraßenbaues zusammenzufassen und die
praktische Anlage und Ausführung solcher Straßen zu fördern“.

Auch gibt die Zusammensetzung des Vorstandes, in welchem
neben Vertretern der Wissenschaft, der bau- und unterhaltungs-
pflichtigen Verbände sowie Beamten der Bauverwaltungen auch
die Automobilindustrie, die Kraftwagenhalter, ferner die an der
Straßenherstellung interessierten Rohstoffindustrien, wie Natur-
stein-, Asphalt-, Leer-, Zementindustrie, sowie die bauausführenden
Verbände und Einzelfirmen vertreten sind, die Gewähr dafür,
daß bei der Verfolgung der vorerwähnten Zwecke und Ziele
unparteiisch verfahren wird.

Wir gestatten uns ferner, darauf hinzuweisen, daß Anfang
November eine Studentenkommision, an der ebenfalls Vertreter
der Wissenschaft, der Bauverwaltungen und der verschiedenen
Baustofflieferanten und Bauausführenden beteiligt waren, eine
Studienreise nach England gemacht hat, deren Untersuchungen
sich auf alle Straßenarten erstreckten. Der Bericht über diese
Reise ist noch in Vorbereitung und wird der Presse demnächst zur
Verfügung gestellt werden können. Ein einseitiges Eintreten der
Studiengesellschaft für eine bestimmte Straßenkonstruktion ist voll-
kommen ausgeschlossen.

Professor Caesar über Wesen und Wert der Gotik

Anlässlich der Rektoratsfeier der Technischen Hochschule in
Karlsruhe hielt Geh. Rat Prof. Dr. Caesar eine Rede über Wesen
und Wert der Gotik. Zur Erklärung der Wandlungen und Nach-
ahmungen der Baukunst der letzten vier Jahrhunderte wies der
Redner darauf hin, daß die Baukunst sich nicht wieder auf die
alte Höhe erheben kann, „ohne daß die Allgemeinheit wieder ge-
tragen wird von einem tiefen und allgemeinen Kulturgedanken,
wie der religiöse des Mittelalters einer war“. Der Bruch in unserer
Baukunst erfolgte um 1500. „Dem einen erscheint der Ueber-
gang vom Mittelalter zur Neuzeit, die sogenannte Renaissance,
als Aufgang der Morgenröte, dem andern als beginnender Ab-
stieg, als Anfang niedergehender Kultur.“ Geh. Rat Caesar
schilderte dann die Entwicklung der gotischen Baukunst aus der
romanischen und bezeichnete die konstruktive Neuerung im Ge-
wölbebau als das Entscheidende. Mit einer anderen Auffassung
des Vorganges setzt sich der Redner (nach vorliegendem Auszug
der Rede) so auseinander: „Diese Erklärungsweise des Wesens
der Gotik als eines Denkprozesses, bei dem die weitere Formen-
entwicklung der Konstruktion folgte, steht im Gegensatz zu der
im Kunstschriftstellertum beliebteren Auffassung, die im Spitzbogen
und in den diesem folgenden weiteren Veränderungen der Basilika
den formalen Niederschlag seelischer Regungen, des Strebens zum
Höheren, Unendlichen erblickt.“

Anmerkung. Zugegeben, daß mit den neuen Konstruktionen der
Gotik eine Bedingung, nämlich die materielle Möglichkeit ge-
geben war, der Wille, von ihr Gebrauch zu machen, wird so
nicht erklärt. Erst muß der Wille aber da sein, sonst bleibt eine
Erfindung ungenutzt. Den neuen Willen, die andere geistige Ein-
stellung des hohen Mittelalters erkennen wir auf vielen Gebieten,
auf denen neue Konstruktionen nicht gefunden wurden. Als
eine beliebtere Auffassung der Kunstschriftsteller läßt sich die Er-
klärung der gotischen Kunst aus seelischen Regungen denn doch
wohl nicht abtun. P.

Der Baueinsturz bei Karstadt

vor der Berufungsinstanz

Im Auftrage der Firma Rudolph Karstadt A.-G. wurde An-
fang des Jahres 1922 in Wandsbek, Lübecker Str. 8/10, ein großer
Warenhausneubau in Eisenbeton errichtet, mit dessen Ausführung
die Allgemeine Hochbau-Gesellschaft in Düsseldorf betraut war. Als
der Bau im Rohbau seiner Vollendung entgegenging, stürzte am
18. September 1922 bei den Ausschaltungsarbeiten ein bedeutender
Teil des Neubaus ein und begrub eine Anzahl der dabei beschäf-
tigten Arbeiter unter den Trümmern. Hierbei blühten vier Per-
sonen ihr Leben ein. Wegen dieses Vorfalles wurde nun gegen
drei Personen Anklage erhoben, und zwar gegen den Ober-
ingenieur Heinrich Krauß in Düsseldorf, den Diplom-Ingenieur
Georg Hans Theodor Prah in Hamburg und den Bauführer Her-
mann Joseph Rauh in Wandsbek, die beschuldigt wurden, im
Jahre 1922 zu Düsseldorf und Wandsbek erstens bei der Leitung
der Ausführung des Baues wider die allgemein anerkannten
Regeln der Baukunst derart gehandelt zu haben, daß hierdurch
für andere Personen Gefahren entstanden, und zweitens durch
Fahrlässigkeit, Außerachtlassung der Berufspflichten den Tod von
vier Personen verschuldet zu haben. Nach mehrtägiger Verhand-
lung wurde am 6. November 1922 der Obergeringenieur Krauß frei-
gesprochen, Diplom-Ingenieur Prah zu 4 Monaten und Bau-
führer Rauh zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklag-
ten legten Berufung gegen dieses Urteil ein, und es wurde in der
Verhandlung des Schöffengerichts in Altona nach längerer Sitzung
des Gerichts das Urteil der Vorinstanz aufgehoben und beide An-
geklagte freigesprochen.

In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Gutachten der
Sachverständigen, wenn auch in Einzelheiten verschieden, doch
günstig für die Angeklagten gelautet hätten, und es träfe diese
kein Verschulden. Ferner lasse es das Gericht auf sich beruhen, ob
schlechter Baustoff oder anderes die Ursache des Einsturzes
gewesen sei.

Weiterungen beim Bayreuther Festspielhaus

s. Eine eigenartige Bauangelegenheit wird aus Bayreuth ge-
meldet, wo die Firma Gebr. Rank, München, nach den Entwürfen
von Professor Rank einen Erweiterungsbau des Wagner-Festspiel-
hauses ausführt. Während der Stadtrat in Bayreuth den Plan
genehmigt hatte, wurde er von der Aufsichtsbehörde, der Re-
gierung von Oberfranken, in verschiedenen Punkten beanstandet,
so z. B., weil die Eisenen in natürlichem Eisenbeton und nicht,
wie das Festspielhaus selbst, aus gelben Backsteinen ausgeführt
werden sollten. Da die Baufirma trotz der Beanstandung mit
der Bauausführung begonnen hatte, verlangte die Regierung die
Einstellung des Baues, und wandte sich mit einer ent-
sprechenden Entschlieung an den Stadtrat von Bayreuth. Da
sich der Oberbürgermeister aber weigerte, die Entschlieung zu
vollziehen, verfügte die Regierung selbst die Einstellung. Die
Festspielleitung legte beim Ministerium Beschwerde ein, das die
Verwendung des Eisenbetons genehmigte, unter der Bedingung,
daß der Beton die Farbe der Pfeiler des alten Festspielhauses
erhalte.

Baubriefe von einer Amerikareise

II. Amerikanische Miethäuser

(vergl. Heft 1 von 1925 u. 49 u. 51 von 1924)

Die Vorliebe für das eigene Haus ist für das Bauwesen der angelsächsischen Völker bezeichnend. Die Mietkaserne ist auch in den Großstädten die Ausnahme, macht aber in einigen amerikanischen Großstädten Fortschritte. Demgemäß steigt die Kopfzahl auf das Haus. Sie ist in New York von 1900 bis 1920 von 13,7 auf 15,4, in Manhattan von 23 auf 30,2 gestiegen und scheint weiter zu steigen. Das ältere New-Yorker Miethaus hat in der Regel nur eine Wohnung in jedem Stockwerk, ist also nach unserer Bezeichnung ein Mittelhaus. Zum Typus ist das Großhaus mit durchweg 10 bis 15 Stockwerken und 4 bis 8 Wohnungen in jedem Stockwerk erst in den letzten Jahren geworden.

Zwischen dem Mittelhause mit 3 bis 6 Wohnungen und dem oft pomphaften Großhause haben sich nun eine Reihe von Miethäusern entwickelt, die deutschen in vieler Beziehung ähnlich sind. Die Abweichungen sind aus den Bedingungen des New-Yorker Lebens zu verstehen, können uns aber im einzelnen zur Nachahmung anregen.

Zu den vollkommensten Schöpfungen dieser Art wird in New York eine Häusergruppe von 14 Häusern mit 354 Wohnungen gerechnet, die am Westrande der Stadt, am Hudson, in landschaftlich bevorzugter, aber nicht gerade teuerster Gegend errichtet wurden. Der Erbauer, Dr. Paterno, hat durch mehrere Jahrzehnte eine große Anzahl Miethäuser errichtet, kennt also Anforderungen und Möglichkeiten genau.

Da das Gelände nach Westen fällt, konnten am Westrande noch vierstöckige Häuser erbaut werden, ohne die Aussicht auf den Hudson gar zu vielen Wohnungen der sechsstöckigen Häuser am Ostrand des Grundstücks zu verbauen.

Das Grundstück liegt etwa 100 Meter über dem Wasserspiegel des Flusses und ist etwa 25 000 qm groß. Zwei Fünftel sind überbaut. (Abb. 1.)

Vergleicht man die Wohnungen mit deutschen, die denselben Ansprüchen genügen sollen, so fällt zunächst die Kleinheit aller Räume auf. Ausstattung der Zimmer, Lage in der Stadt und nicht am wenigsten die Preise beweisen, daß die Bewohner erhebliche Einkünfte haben müssen. Die monatlichen Aufwendungen betragen durchweg 300 M., also 3600 M. im Jahr. Der Kapitalsanteil für eine solche Wohnung wird auf 33 500 M. angegeben. Die Hälfte dieser Summe muß der Besitzer der Wohnung jedoch einzahlen. Er hat dazu etwa 4 Jahre Zeit, während welcher Zeit er monatlich 300 M. zu zahlen hat. Aus der Miete werden die allgemeinen Unkosten aller Art, auch die Verzinsung der Hypothek, gedeckt und wird (mit 17 v. H. der Miete) die Hypothek

mit etwa 4 v. H. jährlich getilgt. Nach Tilgung der Hypothek beträgt die Jahresaufwendung etwa 300 Dollar, im Kaufwert etwa 660 M. entsprechend. Da die zunächst zu zahlenden rd. 800 Dollar etwa 1800 M. entsprechen — der Dollar hat auf sehr vielen Gebieten eine Kaufkraft wie etwa 2,2 M. bei uns —, so kommen die Wohnungen für Familien in Betracht, die über ein Einkommen im Werte von etwa 6000 M. verfügen. In Amerika gilt ein Wohnungsaufwand von 20 v. H. des Einkommens als hoch, — 13 bis 15 v. H. hält man für mittlere Einkommen für angemessen —, man kann also damit rechnen, daß die Bewohner der gezeigten Wohnungen wenigstens über 4000 Dollar sicheres Einkommen verfügen, d. h. aber auch dort, daß sie schon recht gute Stellungen innehaben und hohe Aufwendungen für die Wohnung machen. Bei normaler Aufwendung muß das Einkommen schon 5500—6500 Dollar betragen.

Dementsprechend ist die Ausstattung der Wohnungen. Eine zurückhaltende Eleganz herrscht vor. Die handwerkliche Arbeit ist ausgezeichnet, die Baustoffe vom besten. Besonders die Putzarbeiten sind sorgsam. Meist wird eine dreifache Mörtelschicht aufgetragen. Die Wände sind oft gestrichen und haben dann leichtes Rahmenwerk in Stuck. Tapeten pflegen unauffällige Muster zu haben. Starke reine Farben werden — anscheinend grundsätzlich — gemieden. Das Holzwerk der Türen, Fußböden, eingebauten Möbel ist, von seltenen Ausnahmen abgesehen, von höchster Vollkommenheit, die Böden aus heller Eiche, in weniger geschätzten Häusern von Ahorn oder roter Eiche. Auch sehr feine Hölzer (Nuß, Mahagoni) werden oft lackiert, wo wir polieren würden. Weichholz wird häufiger als hier verleimt. In nicht ganz erstklassigen Häusern pflegt man nur zwei Anstriche auf einer Grundierung von Schellack in dünner Lösung anzubringen. Die Erfahrungen scheinen für diesen Anstrich zu sprechen. Fenster sind oft aus Flußeisenblech (allgemein Stahl genannt) gepreßt. Sie haben oft steinerne Lattebretter. Diese fehlen aber auch gelegentlich ganz.

Sehr reichlich ist die Versorgung mit allem, was die Hausarbeit erleichtert: Licht, Telefon von der Haustür zur Wohnung, Staubsauger, Müllschacht (endet in einem Müllverbrenner!), Kalt-, Warm-, Kühlwasser. Dazu ein von einer Kälteanlage gekühlter Eisschrank, in dem auch jeder Kristalleis herstellen kann. Auch an vier verschiedene Antennen sind alle Hauptzimmer angeschlossen, so daß vielerlei Radiovorführungen gehört werden können. Die Küchenarbeit wird durch einen selbsttätigen Tellerwäscher erleichtert.

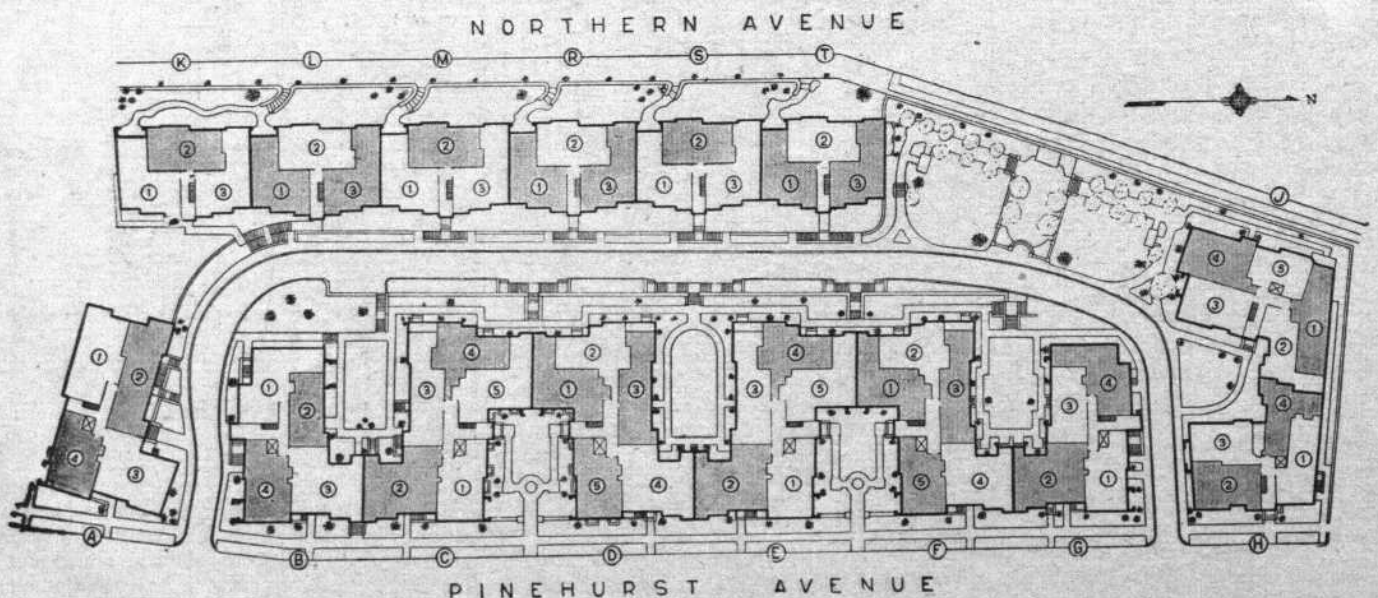


Abb. 1. Lageplan der Hudson View Gardens, New York. Maßstab 1:1300

Ein Mädchenzimmer fehlt in diesen Wohnungen ebenso selbstverständlich wie ein Trockenboden und eine Kumpelkammer. Grundfächlich werden ausgebrauchte Gegenstände weggeworfen, da die Aufarbeitung sich nicht lohnt. Sogar Kraftwagen, die man nicht mehr benutzen kann, finden vielfach keinen Liebhaber, so daß man sie nachts in einer abgelegenen Gegend sich selbst überläßt oder in den Hudson jagt. Solche Lebensgewohnheiten äußern ihren Einfluß natürlich auch auf den Häuserbau und machen die von den unseren abweichenden Anlagen möglich.

Eine deutsche Hausfrau würde nur schwer mit den Aufbewahrungsräumen der amerikanischen Wohnung auskommen. Andererseits dürfte man bei uns schwerlich eingerichtete Schränke, wie sie in amerikanischen Küchen häufig sind, finden, die so viel Gerät und Borräte aufnehmen können. Dazu kommen die vielgenannten Wandschränke,

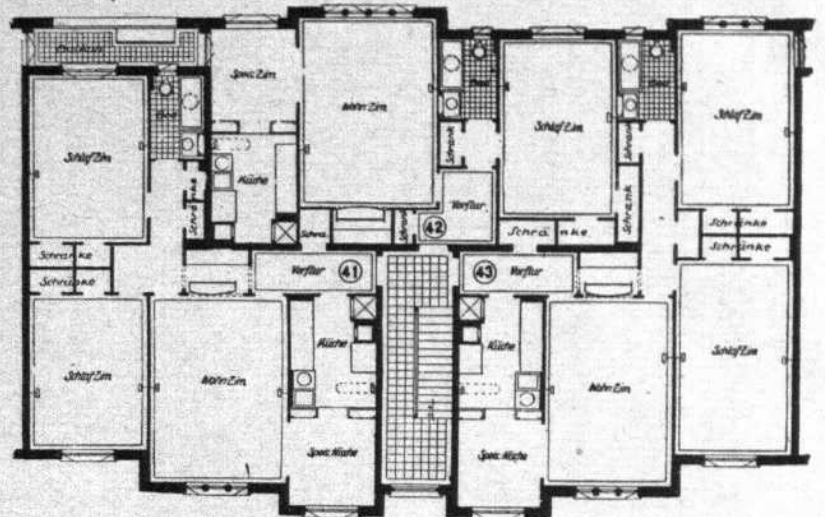


Abb. 3. 3 Wohnungen mit 2 bzw. 3 Zimmern und der Küche vorgelagerter Speisenische. Das größere Wohnzimmer wird durch Klappbetten in ein Schlafzimmer umgewandelt. Maßstab 1:200

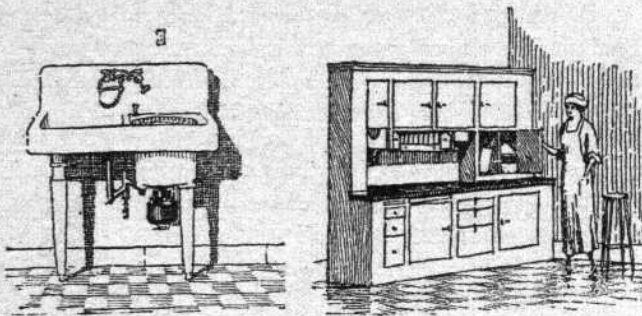


Abb. 2. Abwaschtisch mit selbsttätigem Tellerwäscher (links) und Küchenschrank in Küchen von etwa 8,5 qm

als mittelstandsfeindlich gelten. Aber in New York sollen 10 600 solcher Läden von einem Manne (Rockefeller) betrieben werden und Woolworth soll auch über 1000 „10-Cent-Läden“ betreiben.

Zu diesen Häusern mag bemerkt werden, daß in ihnen auf Familien mit Kindern gerechnet wird. Auch in den amerikanischen Großstädten ist diese Frage schon zu beachten. Wenn man der Entwicklung des Großhauses an sehr wichtigen Stellen in der Regierung mit schweren Bedenken gegenübersteht, so ist die Frage, ob für den Großhausmieter Kinder nicht zur Last werden, eine der wichtigsten.

die im wesentlichen unsere Kastenmöbel überflüssig machen. Sehr beachtlich ist das herabklappbare Bett (etwa 1,40 m breit, wie auch fast alle Gasthofbetten). Gegen die mangelhafte Durchlüftung solcher Betten wäre manches einzuwenden, wenn es sich um unsere Betten älterer Art handelte. Da aber sowohl das Lager wie die Zubede luftiger als hier üblich ist, auch vielleicht das Bettzeug öfter als unter entsprechenden wirtschaftlichen Verhältnissen üblich, gewechselt wird, so wird man diese Bettenform doch wohl kaum beanstanden dürfen. Die Benutzung des Wohnzimmers auch als Schlafzimmer setzt allerdings den Bade-, besser Waschraum, voraus. Dieser hat in der Regel eine Wanne von nur 142 cm Länge.

Die Raumerparnis in der amerikanischen Wohnung braucht also durchaus den Gebrauchswert nicht herabzusetzen. Wenn wir in den dargestellten Grundrissen für eine Wohnung von drei Zimmern und Küche mit Speisenische nur etwa 100 qm überbaut werden, so ist zu überlegen, ob eine Wohnung nach unseren Gepflogenheiten wirklich mehr Lebensraum bietet. (Abb. 3 und 4.)

Für den Zuschnitt der ganzen Paternoster Anlage Hudson-Blick-Gärten ist noch zu bemerken, daß Dienstboten stundenweise zur Verfügung stehen, eine Wäscherei, Kolonialwarenladen, Gastwirtschaft, Barbier usw. unterhalten werden. Die Erträge kommen der Wohngemeinschaft zugute.

Ohne eine gewisse Normung der materiellen Lebensbedürfnisse wäre das kaum möglich. Bei uns würde ein Konsumverein solcher Art wohl

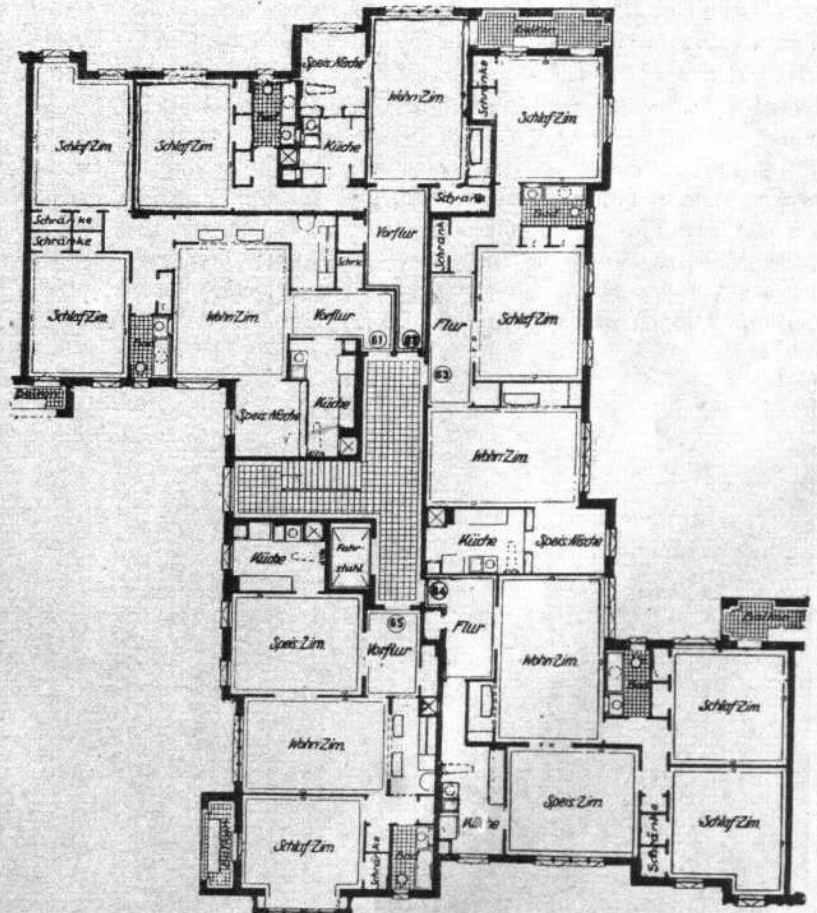


Abb. 4. 5 Wohnungen an einer Treppe. Wohnungen mit 2-4 Zimmern. Die Balkone enthalten die für solche Häuser vorgeschriebenen Feuerleitern. Maßstab 1:280



Abb. 1. Blick von der Heinrichsbrücke mit Ansicht der Eingangshalle des Sommerbades

Das städtische Sommerbad in Gera

Von Stadtoberraurat Luthardt, Gera

In Gera machte sich schon vor dem Kriege das Fehlen von genügenden Bade- und Schwimmgelegenheiten fühlbar. Gesteigert wurde dieser Uebelstand noch, als nach dem Kriege infolge der Elfterregulierung das auf den Hofwiesen befindliche Hainbad beseitigt werden mußte. Das gleichfalls auf den Hofwiesen gelegene, sich in privater Hand befindliche Hallenschwimmbad litt unter der allgemeinen ungünstigen finanziellen Lage und mußte zeitweise den Betrieb schließen. Zwar wurde am oberen Flußlauf, im Debschwiher Stadtteil gelegen, mit einfachsten Mitteln in der Elster ein Freibad geschaffen, aber die gebieterisch auftretende Forderung nach körperlicher Erfrischung unseres Volkes verlangte andere weitergehende Maßnahmen.

Schon 1920 wurde von mir ein Plan zur Erbauung eines Sommerbades aufgestellt. Die Elster selbst zu benutzen empfahl sich nicht, da das Wasser des Flusses durch die Ableitung der vielen Fabrikwässer, namentlich aus den Färbereien, nicht als einwandfreies Badewasser anzusehen ist. Mein Plan ging deshalb von Anfang an dahin, auf den Hofwiesen ein Freibad mit offenem

Schwimmbecken und Sportanlagen zu errichten. Die Ausführung mußte damals unterbleiben, da die nötigen Baugelder nicht aufgebracht werden konnten. Wiederholt wurden Neubearbeitungen vorgenommen, die Baukosten durch Vereinfachungen herabgesetzt, aber immer scheiterte die Ausführung selbst in einfachster Form an den schlechten Finanzverhältnissen der Stadt und an der immer weiter fortschreitenden Geldentwertung. Im Januar d. J., als die wirtschaftlichen Verhältnisse sich einigermaßen gefestigt hatten, wurde der Plan mit aller Energie wieder aufgenommen. Die Stadt hatte inzwischen das Kirstesche Hallenbad käuflich erworben. So lag der Gedanke nahe, das Sommerbad so anzulegen, daß der Bau nach Erwerbung eines weiteren Grundstückes mit dem Hallenbad in direkte Verbindung gebracht wurde und das vorgesehene Luftbad sowohl von Besuchern des Sommerbades als auch von Besuchern des Hallenbades benutzt werden konnte.

An dem großen Zeitgedanken, inmitten der Stadt eine Grünanlage mit Sport- und Spielplätzen zu schaffen, von der die Badeanlage nur ein Teil, wenn auch der wichtigste, sei, wurde festgehalten.

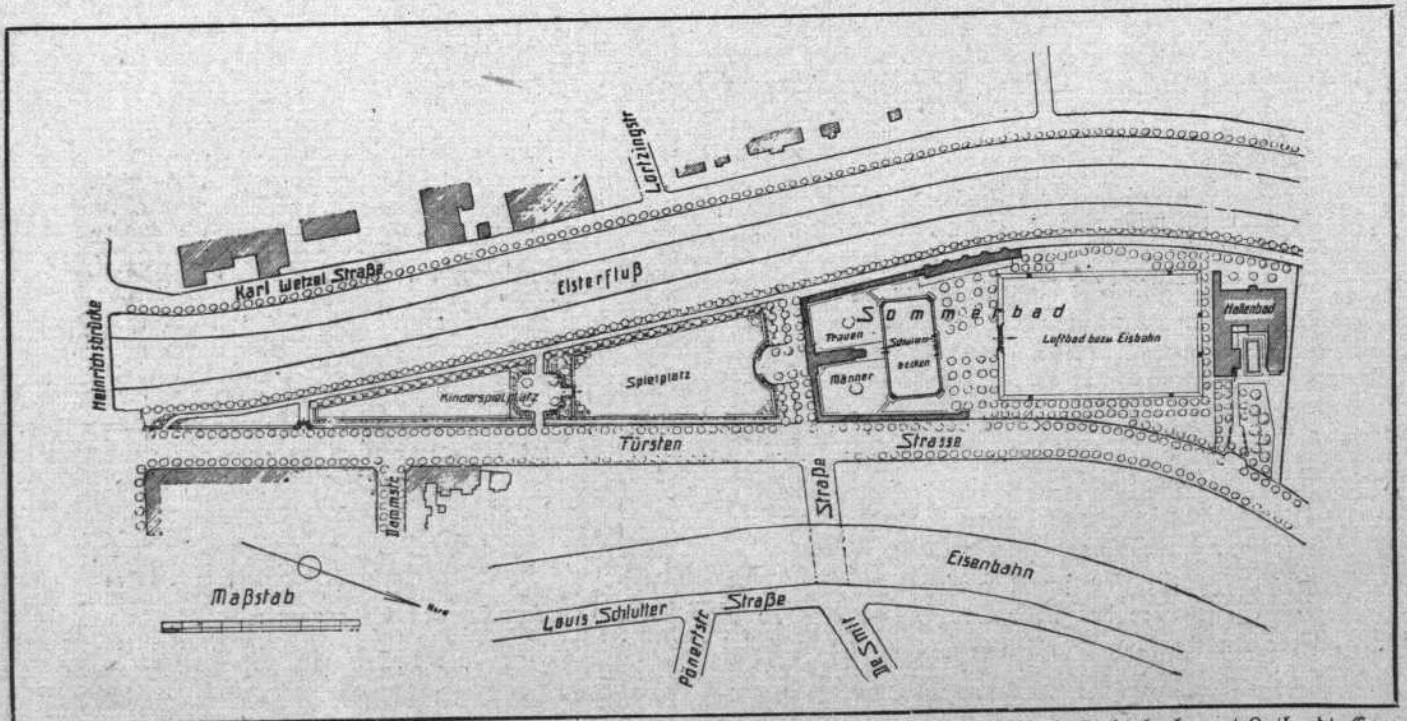


Abb. 2. Lageplan des Sommerbades

Architekt Stadtoberraurat Luthardt, Gera

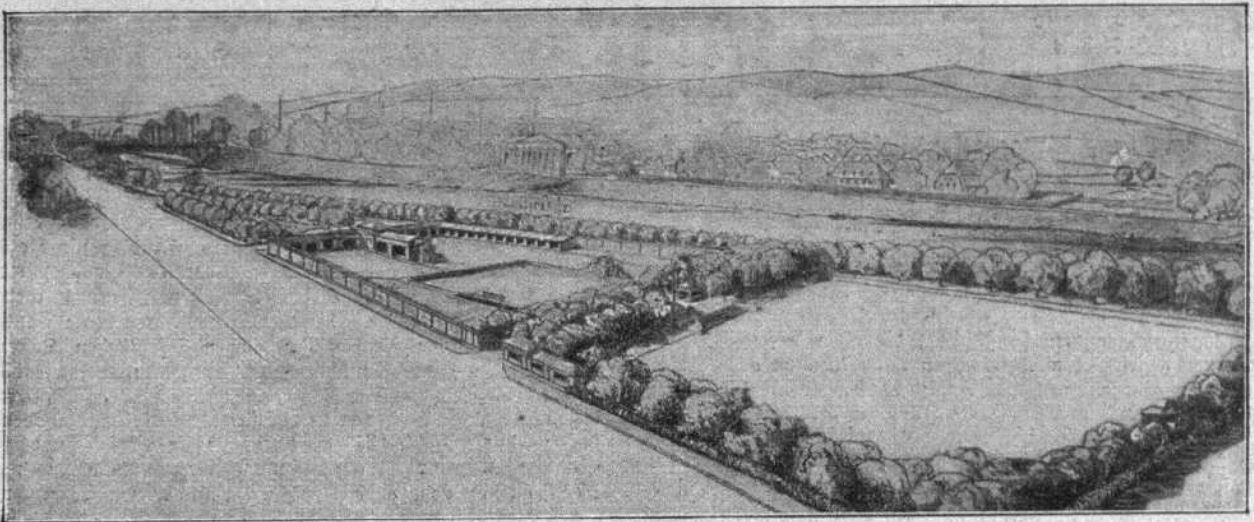


Abb. 3. Gesamtansicht des Sommerbades mit vorgelegten Sport- und Spielplätzen

Das Bad liegt gegenüber dem bewaldeten Hainberg, an landschaftlich bevorzugter Stelle und ist von allen Seiten weithin sichtbar. Es mußte deshalb außer auf praktische Einrichtung auch auf äußere Schönheit Wert gelegt werden. Ein farbenfrohes Bild bietet sich dem Beschauer von der Heinrichsbrücke her dar. Aus der vorgelagerten Grünanlage mit Sport- und Spielplätzen erhebt sich, die Flächen im Ton der Herbstzeitlose gehalten, die Architekturteile in warmem Grau, die offene Eingangshalle, deren leuchtendes Zitronengelb im Innern harmonisch zu den beiden anderen Farben abgestimmt ist.

Durch die vorerwähnte Eingangshalle mit ihrer Kassenanlage und Fahrräderaufbewahrung gelangt man in das Innere des Bades. Die überdachten Auskleidehallen, getrennt für Männer und Frauen, sind an der Innenseite der Umfassungsmauer, rechts und links an die Eingangshalle anschließend, angeordnet.

Es sind vorhanden: Je 27 offene Auskleidehallen mit Bänken und Hakenleisten für je 25 = 675 Personen, je 18 offene Auskleidehallen mit Bänken und Schränken für je 16 = 108 Personen und je 6 Hallen mit je 6 = 36 Einzelzellen. Es ist somit für insgesamt 819 Personen Auskleideangelegenheit vorhanden.

Die Umfassungsmauern der gesamten Anlage wurden aus Spezialbetonplatten errichtet, wodurch der primitive Charakter anderer derartiger Anlagen sehr glücklich vermieden wurde. Sie bilden gleichzeitig zu ihrem großen Teil die Rückwand der Auskleidehallen.

Der Wirtschaftsbau, in der Längsachse des Bades angeordnet, enthält Küche und Erfrischungsräume, Reinigungszellen, Brause und Abort, getrennt für Männer und Frauen, sowie Geräteraum und Aufenthaltstraum für den Bademeister.

Die lange Fläche der Außenmauer nach der Elsterseite ist durch einen 45 m langen Hallenbau mit Erkervorbauten kraftvoll gegliedert. Die darin enthaltenen Räume werden den drei Geraer

Schwimmvereinen mietweise überlassen, wodurch eine wesentliche Entlastung der Auskleideräume für das übrige Publikum eintritt.

Das Schwimmbecken als Haupt- und Mittelpunkt der ganzen Anlage mißt 25 : 50 m und faßt 2350 cbm Wasser. Es ist aus Eisenbeton hergestellt, mit einer Umwälz-, Filtrier- und Chloranlage versehen und aufs beste mit Springturm und allen schwimmetechnischen Mitteln ausgestattet. Die Freiflächen um das Bassin herum bis an die Unterkunftshallen sind ca. 10 cm hoch, mit für diesen Zweck besonders geeignetem, feinkörnigem Sand aufgeschüttet, der aus den Sandgruben in Zwenkau (Sachsen) und Kostitz bezogen wurde und der das helle Entzücken der Kinderwelt hervorruft.

Im weiteren Verfolg der Längsachse nach Norden schließen sich an das Sommerbad die von Bäumen und Sträuchern umhegten Grünflächen des Luft- und Sonnenbades an, deren mittlerer, vertieft liegender Teil in der Größe von 65 : 100 m im Winter als öffentliche Eisbahn verwendet wird. Hier ist die Anlage eines Planschbeckens geplant. Das Luftbad reicht unmittelbar bis an das Hallenbad heran, so daß es von den Besuchern dieser Anstalt mitbenutzt werden kann. Das jetzt 34 Jahre alte Hallenbad wird gleichzeitig einem Umbau unterzogen. Die Schweißbäder, die Waschanstalt und die medizinischen Bäder wurden beseitigt, so daß es nunmehr ein Schwimmbecken von 8,30 : 16,95 m Größe und 17 Bannbäder enthält. Die Wasserversorgung wird verbessert, der Einbau einer gleichen Badewasserreinigungsanlage mit Chlorgassterilisation, wie im Sommerbad, ist auch hier geplant.

Die Gesamtbautkosten für das Sommerbad einschließlich Luftbad und Eisbahn betragen 260 000 Mark.

Der äußerst starke Besuch nach der Eröffnung beweist am besten die Notwendigkeit der Badeanlage, und daß die großen finanziellen Opfer für die Volksgesundheit nicht umsonst gebracht sind, sondern daß jung und alt immer neue Kraft für das tätige Leben schöpfen wird.

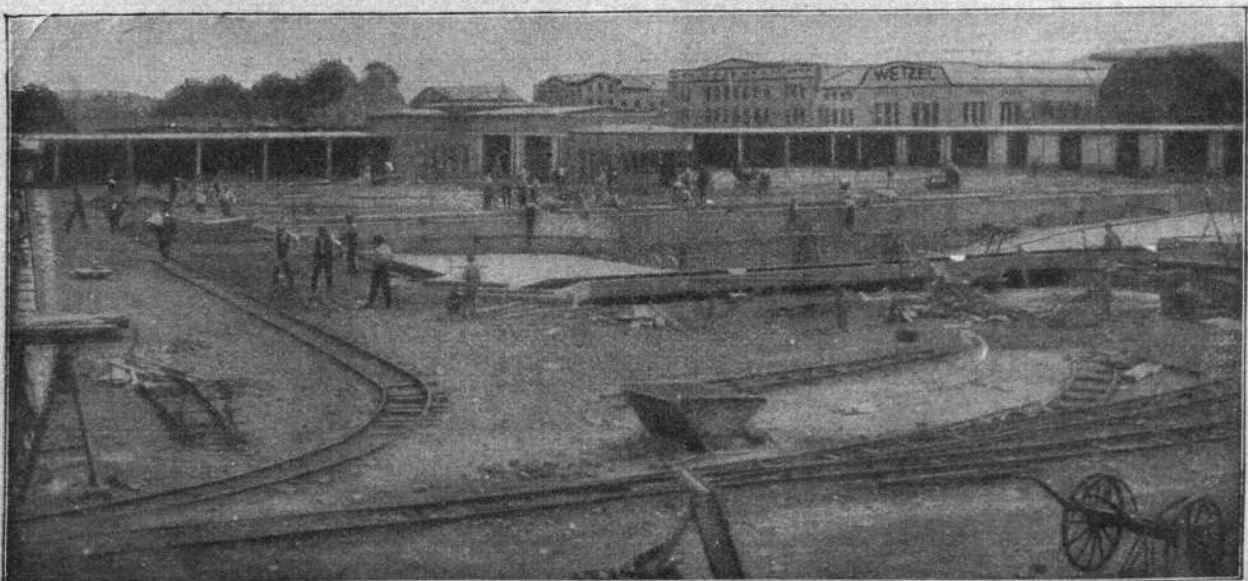


Abb. 4. Schaubild des Bauplatzes während der Bauausführung des Schwimmbades

Grundstück Baugeld
Hypothek Arbeit

Bauwirtschaft

Aus den Parlamenten
Gesetze Verordnungen

Vorsicht vor Zwerg-Baugenossenschaften

8 Aus München wird halbamtlich gemeldet:

In letzter Zeit mehrt sich die Gründung kleiner Baugenossenschaften, die oft aus größeren bewährten Baugenossenschaften entstehen, bei denen einige Mitglieder mit dem Fortschritt und der Zahl der errichteten Wohnungsbauten nicht zufrieden sind und eine eigene Baugenossenschaft gründen.

Leistungsunfähige Genossenschaften, die ohne dringende Veranlassung neu gegründet werden, haben keine Aussicht auf Unterstützung ihrer Bauten mit staatlichen Baudarlehen. Die vom bayerischen Ministerium für Soziale Fürsorge erlassene Bekanntmachung über Baugenossenschaften vom 4. August 1919 bestimmt, daß die Behörden von der Absicht, also vor der Gründung einer Baugenossenschaft, in Kenntnis gesetzt werden müssen, wenn diese Baugenossenschaft auf Unterstützung mit Darlehen aus öffentlichen Mitteln rechnet. Der Anzeige sind ins Einzelne gehende Angaben über den Umfang der Genossenschaft beizufügen.

Bauen durch Erhöhung der Mietsteuer

Die Stadt Leipzig hat ein Bauprogramm aufgestellt, das in sieben Jahren die Erbauung der fehlenden Wohnungen vorsieht und, da die Finanzierung in der Hauptsache auf der Hauszinssteuer beruht, eine Erhöhung dieser Steuer für die Unterstützung von Neubauten auf 25 v. H. der Friedensmiete voraussetzt.

Gegen diesen Programmentwurf des Wohnungsausschusses der Stadt Leipzig wenden sich die Baugewerbe-Vereine für Leipzig und Umgebung, der BDL, Kreisverband Leipzig, und der Verein Leipziger Architekten. Diese verlangen die Berechnung der Darlehen nach den Baukosten und betrachten das Vorkaufsrecht und andere Vorbehalte der Stadt an den Häusern als eine Art Sozialisierung. Mit Hypotheken aus der Mietzinssteuer werde das freie Baugewerbe in der Lage sein, der Wohnungsnot in kürzerer Frist als sieben Jahre abzuwehren.

Ein Bauprogramm mit Industriehilfe

Wenngleich die Hauszinssteuer im nächsten Jahre die Herstellung von Wohnbauten sehr fördern wird, ist es doch zu begrüßen, daß eine Reihe von Städten von sich aus ein Weiteres tut, um der Wohnungsnot abzuwehren. Ein kurzes Bauprogramm hat die Stadt Bartenstein in Ostpreußen aufgestellt, die bereits in drei bis vier Jahren sämtliche Wohnungsansprüche unter finanzieller Mithilfe der dortigen Industrie erfüllen will.

Verstärkte Bautätigkeit in der Pfalz

Im laufenden Jahr konnten in der Pfalz fast dreimal so viele Wohnungsbauten erstellt werden wie im vergangenen Jahre. Diese Tätigkeit war ermöglicht durch die Bereitstellung von Darlehen in Höhe von über 7 Millionen Mark, so daß über 1300 Wohnungen in den drei größeren Städten der Pfalz und nahezu 650 Wohnungen in der übrigen Pfalz gebaut werden konnten.

Erleichterungen für den Kleinwohnungsbau in München

Der Münchener Stadtrat hatte für das Jahr 1924 zur Förderung des Kleinwohnungsbaus Erleichterungen gewährt. Die Straßenkosten brauchten nicht bar bezahlt zu werden und wurden gegen eine Sicherung auf lange Zeit gestundet; ähnliches galt für die Licht- und Wasseranschlüsse. Außer den Zahlungserleichterungen wurden auch vielfach Gebühren herabgesetzt. Nach einem Beschluß des städtischen Hauptausschusses sind die gleichen Erleichterungen nunmehr auch für die förderungswürdigen Kleinwohnungsbauten, die im Jahre 1925 errichtet werden, ausgedehnt worden.

England will deutsche Sparbauweisen prüfen

Wie aus London gemeldet wird, beabsichtigen englische Baufachkreise eine Studienkommission nach Deutschland zu entsenden, die die deutschen Sparbauweisen prüfen sollen. Einmal soll untersucht werden, welche in Deutschland ausgeführten Sparbauweisen verwendungsfähig sind, und dann möchte man vor allem auch die Mißerfolge vermeiden, die Deutschland durch die unendlich vielen Versuche auf diesem Gebiete erlitten hat.

Forderungen der badischen Architekten

Der Landesbezirk Baden hielt im Dezember in Gengenbach eine Tagung ab. Zur wirtschaftlichen Lage faßte er folgende Entschlüsse:

„Die badischen Architekten bitten die badische Regierung und die badischen Stadtverwaltungen, dahin zu wirken, daß die Steuern und Abgaben, die bisher das dringend notwendige Aufleben der privaten Bautätigkeit hemmten, alsbald aufgehoben bzw. ermäßigt werden. Besonders gilt dies für die Grunderwerbssteuer, die vor dem Kriege bereits sehr hoch war und mindestens wieder auf diesen Satz herabgesetzt werden muß. Besonders hemmend und verteuern auf die private Bautätigkeit wirken die unverhältnismäßig hohen öffentlichen Lasten und Gebühren, wie das Grundbuchamt, das Kataster sowie die Baupolizeigebühren, ferner die unverantwortlich hohen Hausanschlußkosten für Gas, Wasser, Elektrizität, die lediglich die Selbstkosten decken dürfen. Die Erträge der Gebäude-Sondersteuer (Hauszinssteuer) müssen restlos dem privaten wie dem öffentlichen Wohnungsbau zugeführt werden.“

Der Architektentag besprach die von der Karlsruher Stadtverwaltung bereits erwogene Verwendung von Erträgen der 3. Steuernotverordnung zur teilweisen Zinszahlung für auf dem freien Geldmarkt aufgenommene Darlehen. Diese Art der Bauhilfe hätte, vorausgesetzt, daß eine gebrauchsfähige Rechts- und Verwaltungsform dafür gefunden wird, vieles für sich. Mit einem geringen Umfang an Mitteln könnte viel geholfen werden. Eine Ausdehnung der Hypothekengewährung aus der Hauszinssteuer auch auf 5- und 6-Zimmer-Wohnungen nach dem Beispiel der Stadt Pforzheim wurde gewünscht. Für kinderreiche Familien, Ärzte und Rechtsanwälte sind solche Wohnungen notwendig.

Brandenburgischer Baugewerbeverband

Der Brandenburgische Baugewerbeverband E. V. hat seinen Sitz von Brandenburg nach Berlin, Am Weidendamm 1a, verlegt. Vorsitzender ist Arch. Senckpiel, Landsberg a. d. W. Der frühere Vorsitzende des Verbandes, Maurer- und Zimmermeister Jurth in Brandenburg, ist zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden.

Bereinigung der Zimmerer- und Bauarbeiter-

Die Bauarbeiter-Internationale strebt zum Zusammenschluß aller zu dem Baugewerbe gehörenden Arbeiter. Sie verhandelte mit den Vereinigungen der Holz- und der Steinarbeiter, kam aber vorerst zu keinem Ergebnis, da die Verschmelzung in den einzelnen Ländern noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Die Vereinigung mit der Zimmerer-Internationale wurde auf einer Tagung in Stockholm eingeleitet. Vom Januar ab ist die Zimmerer-Internationale mit der Bauarbeiter-Internationale verschmolzen.

Unklare Zollbezeichnungen?

Die Ausfuhr an Kalk ist kaum nennenswert, nur in Holland gelang es, einen Teil der früheren Abgabengebiete wiederzugewinnen. Hingegen sind bis jetzt nach Ostpreußen rund 435 t schwedischer Düngelkalk eingeführt worden, trotzdem die deutsche Kalkindustrie in der Lage ist, den ostpreußischen Markt ausreichend bei gleicher Güte des Erzeugnisses und wohlfeileren Preisen zu versorgen. Diese nationalwirtschaftlich außerordentlich zu bebauende Erscheinung ist dem Kalkbund zufolge auf ein Verkümmern der Zollbehörden zurückzuführen, da über die Deklaration des schwedischen Kalkerzeugnisses Unklarheiten bestanden. Es muß hiermit im Belange der gesamten Industrie gefordert werden, daß, wenn bei der Zollbehörde Unklarheiten über die physikalischen oder chemischen Eigenschaften eines Einfuhrgutes bestehen, neutrale Sachverständige hinzugezogen werden, die die Zollbehörde entsprechend aufklären, um Schädigungen der heimischen Industrie unmöglich zu machen.

Ausführungen haben übernommen . . .

Mitteilungen durch die ausführenden Firmen sind uns stets erwünscht.

Die Schriftleitung

Wittling u. Güldner, Berlin: 15 Wohnhäuser-Siedlung Berlin-Lichtenberg für die Gem. Heinstättenbau-Ges. der Straßenbahn-G. m. b. H.

A. Frese, Elberfeld: Rohbau des Geschäftshauses Köhler u. Bovenkamp in Elberfeld; Thermo-Bau A.-G.: Zwischendecken dazu.

A. Segall, Arch., Berlin: Bantumbau für Döschhäuser u. Landré, Berlin, Budapest Straße.

Karl Kübler, A.-G., Stuttgart: Holzlagerhalle für das Dampfzägewerk Fischer und Söhne, Stuttgart.

Dyckerhoff u. Widmann A.-G., Niederl. Berlin: Kohlenunter für die Zuckerfabrik Köhlmann, Frankfurt a. D.

Fritz Kaefert, Berlin: Heizungsanlage für die Groß-Garagen der Schebera A.-G. in Berlin.

Eigene Ermittlungen

Baustoffmarkt

Jeder Nachdruck verboten

Rundblick am Baustoffmarkt

W. Berlin, 6. Januar 1925.

Die ungünstige Witterung bewirkte Ruhe im Baustoffgeschäft. Die Umsätze waren ganz gering. Preisnachlässe wegen der geringen Nachfrage konnten in einigen Waren nicht beobachtet werden.

Verhandlungen über die Neubildung eines Reichstarifvertrages im Baugewerbe sind bisher nicht eingeleitet worden. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß in Kürze etwas zur Wiederaufröhlung dieser Frage geschieht.

Die Verbilligung der Zinssätze kommt in der neuesten Ausgabe von Pfandbriefen der Preussischen Pfandbriefbank zum Ausdruck. Die Bank hat die Verausgabung von zehnpromzentigen Pfandbriefen eingestellt und beginnt mit der Ausgabe niedriger verzinslicher Serien, als deren erste sie neunpromzentige Goldpfandbriefe zum Kurse von 92½ v. H. zur Zeichnung auflegt. — Die Nachfrage nach Pfandbriefen ist immer noch lebhaft. Der Zufluß an Geld für die Hypothekendarlehen setzt sich in immerhin bescheidenem Maße fort. — Die Ausleihungen auf Grund der Geldeinnahmen aus neunpromzentigen Pfandbriefen werden kaum unter 12 v. H. möglich sein, sind also immer noch recht hoch.

Der Bauindex hat sich unbedeutend erhöht. Die leichte Steigerung wird im neuen Jahre zunächst anhalten.

*

Aus Süddeutschland erfahren wir, daß mit Wirkung vom 1. Januar für Gipsdielen folgende neue Preise frei Empfangsort festgesetzt wurden: 1½ cm stark 0,66 M., 2½ cm stark 0,81 M., 3 cm stark 0,96 M., 5 cm stark 1,45 M., 7 cm stark 1,95 M. je qm. — Baugips kostet fortan 1,95 M. für 10 t, zuzüglich 50 M. für Papiersäcke. Für Steinzeugrohre sind mit Wirkung vom 1. Januar neue Goldmarktpreislisten herausgegeben, deren Frankotonotierungen für Handelsware mit 40 v. H. Rabatt gelten. Weiter sind für Steinzeug-Fußbodenplatten und für glasierte Wandplatten ab 1. Januar ebenfalls neue Goldmarktpreise festgesetzt worden, wodurch das umständliche Umrechnen der Dollar- bzw. Papiermarktpreise in Fortfall kommt. — Für rote Backsteine wurde vom neuen Jahre ab ein Preis von 36 M. für das Tausend festgesetzt.

*

Aus Leipzig wird uns berichtet, daß das Baustoffgeschäft infolge des ungünstigen Wetters recht ruhig geworden ist. Die Preise haben sich im großen und ganzen nicht verändert, nur Mauersteine sind infolge der Knappheit teurer geworden und in schnellen Sprüngen von 26 auf 35 M. gestiegen. Mauerklinker sind um 0,50 M. je 1000 Stück erhöht, Biberschwänze um 5 M. Auch Verblender haben etwas angezogen. Es stiegen ferner Putzgips um 10 M. für 10 t, Gipsdielen um 0,05 M. je qm.

*

Aus Königsberg wird uns gemeldet, daß die Marktlage sich in den letzten Wochen wenig verändert hat. Lediglich die Ziegelpreise haben eine Änderung erfahren. Hintermauerungssteine kosten jetzt 37 M. (vorher 38 M.), Vormauersteine 75 M. (vorher 85 M.).

*

Preisveränderungen

Der Norddeutsche Cement-Verband hat einige Preisänderungen in Grenzgebieten eintreten lassen. In Emden kosten 10 t Portlandzement je 500 M., vorher 480 M.

Preiserhöhungen werden gemeldet für Kleinsche Deckensteine von 50 auf 53 M., für poröse Lochsteine von 30 auf 33 M.; weiße Glasuren sind billiger geworden. Halbsteine kosten 251 M. (vorher 266 M.), alles für 1000 Stück.

Die Preise für Gasrohre und Bleirohre haben eine Erhöhung um 5—10 v. H. erfahren; der Preis für den Ventilzapfhahn ist von 1,60 M. auf 2 M. gestiegen, also um 25 v. H.

Die Preise für Malerbedarf haben sich wenig verändert. Teurer sind nur Leinölfirnis und Bleiweiß geworden, und zwar ist der Preis für Leinölfirnis von 1,18 M. je kg auf 1,25 M. gestiegen, der für Bleiweiß von 1,23 M. auf 1,45 M.

Dachziegel kosten zurzeit ab Werk Heisterholz der Schütte A.-G. für Tonindustrie, Minden i. W., für eine Lademenge von 10 t: Hohlziegel (4100 Stück), naturrot, I. und II. Auswahl, 75 und 50 M.; Doppelpfalzziegel (3100 Stück), I. und II. Auswahl, 118 und 90 M.; Hohlfaßziegel (3300 Stück), I., II. und III. Auswahl, 130, 90 und 65 M.; Biberschwänze 15 × 36 cm groß, kosten (7600 Stück) 68 M. und 11 × 27 cm groß (1300 Stück) 65 M.; Dickwandige Glasziegel kosten 1000 Stück 2000 M. Alles für 1000 Stück ab Werk. Glasierte Ziegel sind bis zu 100 v. H. teurer.

Die Vereinigung Schlesiener und Lausiger Dachziegelwerke berechnet für: Biberschwänze I., II. und III. Auswahl 55, 49 und 37 M. je 1000 Stück. Strangfalzziegel in roter Farbe kosten 82—94 M., kupferfarben 88—101 M.; Holländische Dachpfannen, 35 × 23 cm groß, 60—91 M. und Glasziegel einfacher Ausführung (Biberschwänze) 1250 je 1000 Stück. — Die Havelberger und Rathenower Werke verlangen für Rathenower Biberschwänze von Händlern 47,50 M. frei Waggon und 46 M. frei Kahn für 1000 Stück; von Dachdeckern und Privaten 50 und 52 M. frei Waggon.

*

Wie wir erfahren, geht die Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Zement-Verbandes als Verkaufsorganisation der ihm angeschlossenen Werke ab 1. Januar 1925 auf die Rheinisch-Westfälische Zement-Verkaufsstelle G. m. b. H. in Bochum über. Bis auf weiteres bleiben Preise und Lieferungsbedingungen, wie sie beim Rheinisch-Westfälischen Zement-Verband üblich gewesen sind, unverändert bestehen, so daß in dem Verkehr mit der Abnehmerschaft mit dem 1. Januar 1925 keine Änderungen eintreten.

*

Aus der Industrie wird über die neuerdings wieder erhöhten Gebühren für Anschlußgleise geklagt. Obwohl die Reichsbahn die Löhne und Gehälter im Durchschnitt um 8 bis 10 v. H. erhöht hat, sind die Bewachungsgebühren für Gleise um 22 v. H. und die Anschlußgleisgebühren um 30 v. H. erhöht worden. Aus dem Gebiete der Reichsbahndirektion Halle wird mitgeteilt, daß der Gebührensatz für Anschlußgleise im Verhältnis zur Vorkriegszeit auf das Sechsfache gestiegen ist.

*

Hochflut neuer Ziegelverkaufsverbände

Wie wir erfahren, schreitet die bezirkliche Kartellierung der Ziegelindustrie fort. Die Klausdorfer Ziegeleien haben sich bereits zu einem Kartell zusammengeschlossen und den Verkauf ihrer Steine der Firma F. W. Maas, Berlin, übertragen.

Auch im Brandenburger Bezirk sollen die Aussichten auf das Zustandekommen eines Syndikats günstig sein, da sich fast alle Ziegeleien für die Gründung und Beteiligung an einer Verkaufsgesellschaft ausgesprochen haben. Die Gründung des Kartells soll, wie wir hören, unmittelbar bevorstehen. In Betracht kommen 25 bis 30 Ziegeleien mit einer Erzeugungsfähigkeit von 125 bis 160 Millionen Hintermauerungssteinen.

Man wird wohl erwarten können, daß für die übrigen Bezirke der Mark Brandenburg, insbesondere Zehdenick und Herzfelde, ebenfalls Verhandlungen auf Bildung solcher Verkaufsgesellschaften eingeleitet werden, falls es nicht gelingt, ein gemeinsames Ziegelsyndikat für die Mark Brandenburg zu bilden. Als letzte Entscheidungsfrist ist der 31. Januar vorgegeben. Die Zusagen der Ziegeleien an der Syndikatsbeteiligung werden ungültig, wenn bis zu diesem Zeitpunkt eine Vereinigung nicht zustande gekommen sein wird.

Wie wir hören, ist dem neuen Syndikat ein Kredit von 1 Million Mark zugesichert worden, aus dem es Vorschlässe auf verkaufte Steine bis zum Geldeingang geben kann. Der Kredit ist innerhalb eines Jahres abzutragen.

Zum Frühjahr wird, wie sich bereits voraussehen läßt, die Arbeiterfrage für die Ziegeleien von Bedeutung werden. Durch die Stilllegungen im Herbst 1924 ist ein Teil der Arbeiter zur Industrie abgewandert, die gerade aufnahmefähig war, als die Ziegeleien ihre Betriebe einstellten.

*

Aus der Gipsindustrie wird empfohlen, ähnlich wie in Süddeutschland Zusammenschlüsse in Mittel- und Norddeutschland herbeizuführen. Zur Ausschaltung des Wettbewerbs sollten die überschüssigen Verbandsgelder zum Ankauf oder zur langjähriger Pachtung stillgelegter Gipswerke verwendet werden, so daß der Preis für Gips auf einem Stande gehalten werden kann, der den Selbstkosten entspricht.

Was soll 1925 gebaut werden?

Bauvorhaben der Städte und der Industrie - Ergebnis einer Kundfrage

Auch Heft 52 1924 und 1 von 1925.

Berlin

Soweit es sich um öffentliche Gebäude handelt, können die geplanten Bauten endgültig noch nicht angegeben werden, weil dies von der Feststellung des Haushaltplanes 1925 abhängt. Geplant wird im wesentlichen der Bau von:

zwei Bezirksamtgebäuden in den Bezirksämtern Zehlendorf und Wedding,
vier höheren Lehranstalten (Gymn. und Realschulen) in den Bezirksämtern Tiergarten, Reinickendorf und Köpenick,
zwei Gemeindeschulen in den Bezirksämtern Neutölln und Zehlendorf,
einer Feuerwache im Bezirksamt Spandau und
eines Kühl- und Gefrierhauses im Anschluß an die Fleischgroßmarkthalle, Landsberger Allee.

Ueber die Brücken und Kanäle wird sich die Tiefbaudeputation unmittelbar äußern, ebenso das Städtebauamt über die Frage wegen der Anzahl der aus Mitteln der Hauszinssteuer zu finanzierenden Wohnungen.

Sträßmann, Magistrats-Oberbaurat.

Königsberg i. Pr.

Die Stadt wird im nächsten Baujahr vor allem die Bauten im neuen Hafen zu Ende führen und das durch den Krieg start in Mitleidenschaft gezogen. Straßennetz instand setzen. Das Straßenbauprogramm, welches auch den Ausbau verschiedener neuer Verkehrs- und Wohnstraßen vorsieht, wird für 1925 besonders umfangreich sein. Der Wohnungsbau liegt in Königsberg hauptsächlich in den Händen gemeinnütziger Gesellschaften, die von der Stadt durch Vergabe billigen Baulandes und der Hauszinssteuer-Hypotheken unterstützt werden. Für die Bekämpfung der Wohnungsnot sollen im nächsten Baujahre durchgreifende Maßnahmen getroffen werden; zahlenmäßige Angaben möchten wir darüber nicht machen.

Das Reich wird die Arbeiten zur Vertiefung, Verbreiterung und Betonierung des Königsberger Seekanals fortsetzen, die Reichsbahn-Gesellschaft die Bauarbeiten zur Umgestaltung der Eisenbahnanlagen. Hervorzuheben sind der Bau des neuen Hauptpersonenbahnhofes und der der neuen zweigeschossigen Eisenbahn- und Straßenbrücke über den Pregel. Die Hochbauten des Landesfinanzamtes und des Postschekamtes werden zu Ende geführt werden, geplant sind ein Neubau der Reichsbank und Bauten der Reichspostverwaltung sowie der Universität.

Die Daimlerwerke werden ihr hiesiges Zweigwerk weiter fortführen; die Ostmesse beendet den Bau des großen Hauses der Technik. Im neuen Hafen werden 1925 voraussichtlich verschiedene Industriebauten aufgeführt werden.

Dr. Lohmeyer, Stadtbaurat.

Tilsit

Von der Stadt werden der Bau einer Eisenbetonbrücke von 13 Meter Spannweite über die Tilszele und der weitere Ausbau des Memelufers geplant. 75 Wohnungen werden aus den Mitteln der Hauszinssteuer finanziert werden können. Die Stadt selbst wird voraussichtlich etwa 36 Wohnungen auf dem Gelände des ehemaligen Marienfriedhofes bauen. Ein Wohn- und Verwaltungsgebäude des Reichswasserschutes, An Ballgarden 10, befindet sich im Bau. Der Bau einer Mahlmühle und die Aufstockung eines Lagerraumes durch die Kornhausgenossenschaft am Silospeicher (Silohafen) und der Umbau des Stoffbehälters und Anbau des Riesensenhäuses durch die Zellstofffabrik sind vorgesehen.

Moß, Stadtbaurat.

Schneidemühl

Der Bau der neuen katholischen II. Gemeindeschule in der verlängerten Kirchhoffstraße ist soeben fertiggestellt und wird jetzt seiner Bestimmung übergeben. Er stellt jedoch nur den ersten Bauabschnitt des gesamten geplanten Schulgebäudes dar, das 24 Klassenzimmer, die erforderlichen Lehrer- und Sammlungs-zimmer, Aula, Turnhalle, Badeanstalt usw. umfassen soll. Die Außenwände dieser Schule sollen — ebenso wie bereits die beiden in den Vorjahren errichteten Schulbauten — mit Farben bemalt werden. Das gesamte Bauvorhaben soll möglichst noch im Jahre 1925 zur Durchführung gebracht werden. Von der Finanzlage der Stadt wird es abhängen, ob es möglich sein wird, bereits im Jahre 1925 von den weiteren geplanten Bauausführungen einige auszuführen oder ob sie auf spätere Zeiten verschoben werden müssen. In Betracht kommen: der Neubau eines Jugendheimes mit Wanderherberge, der Bau einer städtischen Fried-

hofsanlage, der Neubau eines Altersheimes oder die Erweiterung des bestehenden, sowie der Neubau bzw. Erweiterungsbau eines Krankenhauses, der in mehreren Bauabschnitten erfolgen wird.

Um zur Linderung der in Schneidemühl überaus großen Wohnungsnot baureifes Gelände zur Verfügung stellen zu können, wird jetzt das Gebiet an der Wiesen- und der Vorkendorfer Straße durch den Anschluß an das städtische Kanalnetz (Bau von etwa 600 lfd. m Straßenkanälen in Doppelleitungen) erschlossen. — Geplant ist ferner noch die Aufschließung von etwa 25 Hektar Gelände westlich der Martinstraße durch den weiteren Ausbau der Kanalisation.

Aus den Mitteln der Hauszinssteuer konnten im letzten Jahre etwa 200 Wohnungen finanziert werden. Im neuen Jahr werden wohl für etwa 300 Wohnungen anteilige Baugelder aus den Mitteln der Hauszinssteuer bereitgestellt werden können. Sie werden in nur geringem Ausmaße von der privaten Bautätigkeit, in der Hauptsache von den Baugenossenschaften und den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Anspruch genommen.

Unter Zuhilfenahme dieser Mittel plant auch die Stadt die Errichtung einer größeren Wohnhaus-Siedlung.

Seitens des Reiches ist der Bau einer Kaserne — neben der Reichwehrtaserne — in der Krojankestraße in der Ausführung begriffen.

Ferner ist der Bau eines Dienstgebäudes für das Konsistorium geplant. Für den geplanten Bau eines Eichamtes schweben diesbezügliche Verhandlungen mit der Stadt.

Auch die Regierung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die in Schneidemühl ihren Sitz hat, plant den Bau eines Dienstgebäudes. Ein Bauplatz hierfür soll aus dem etwa 15 Morgen großen Gelände des sogenannten Pferdemarktes ausge sondert werden, das zugleich der Bebauung erschlossen werden soll. Zur Erlangung geeigneter Vorschläge für die Bebauung dieses Geländes soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Die Provinzialverwaltung, die zurzeit noch in Obrowalde bei Meserich ihren Sitz hat, beabsichtigt eine Verlegung nach Schneidemühl und plant den Bau zahlreicher Beamtenwohn-häuser. Auch die hiesige Handwerkskammer plant den Bau eines Dienstgebäudes.

Sildt, Stadtbaurat.

Mühlhausen (Thüringen)

Von der Stadt ist geplant: der Ausbau der alten Kornmarktskirche zu einer Stadthalle, Ratskeller und Läden, und die Erweiterung des Friedhofes, Vergrößerung des Wasserbehälters bei der Pumpstation, Neubau eines Doppelwohnhäuses für Beamte, sowie mehrere Straßen-Um- und Neupflasterungen. Mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken können rund 50 bis 60 Wohnungen gebaut werden, jedoch sind von Siedlungsgesellschaften und Privaten rund 200 Wohnungsneubauten in Reihen-, Gruppen- und Einzelhäusern angemeldet. Baupläne werden von der Stadt zu günstigen Bedingungen abgegeben.

Die Reichsbahndirektion beabsichtigt Verkaufsstände vor dem Bahnhofsgelände zu bauen.

Rönig, Stadtbaurat.

Holzminden

Seitens der Stadtverwaltung ist die Errichtung einer Reihenhäusgruppe mit 12 Wohnungen und die Kanalisierung verschiedener alter Straßen sowie verschiedener Straßen in einem neu-aufgeschlossenen Gelände geplant. Zum Teil sind die Arbeiten bereits in der Durchführung begriffen. Die Kanalarbeiten werden aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert. Die Zahl der Häuser, die mit den Mitteln der Hauszinssteuer im nächsten Jahre gebaut werden können, steht noch nicht fest; es wird hier damit gerechnet, daß sich die private Bautätigkeit heben wird.

Stadtbauamt.

Elberfeld

Die Stadt plant an öffentlichen Bauten die Errichtung eines achtklassigen Volksschulgebäudes. Aus der Hauszinssteuer werden für das Jahr 1925 etwa 330 Wohnungen mit Hypotheken beliehen werden können. Inwieweit die Stadt selbst sich am Wohnungsbau beteiligen wird, steht noch nicht fest. Die Reichspost beabsichtigt den Neubau eines Postamtes an der Ecke Blücherstraße und Griffsenberg, ferner den Neubau eines Fernsprechamtes Ecke Briller Straße und Katzenberger Straße. Von größeren Bauplänen der Industrie sind folgende bekannt geworden: a) Friedrich Bauer, Uellendahler Straße 402/410, Erweiterung der Schokoladenfabrik, b) Karl Pasche, Königstraße 57, Erweiterung der

Was soll 1925 gebaut werden?

Bauvorhaben der Städte und der Industrie - Ergebnis einer Rundfrage

Möbelfabrik, e) Köhler und Bovenkamp, Barmen-Hahfeld, Neubau eines Geschäftshauses an der Döppersberger Brücke, d) Schwebebahngesellschaft, Königstraße 197, Neubau des Bahnhofes Döppersberger Brücke, e) Dipl.-Ing. Eisenhauser, Köln, Neubau eines Geschäftshauses Ecke Walter-Rathenau-Straße und Grünstraße.
K o c h, Stadtbaurat.

Aachen

Die Fragen der Umgestaltung des Eisenbahnverkehrs und der Schaffung einer durch die Eifel-Talsperre zu speisenden Kanalwasserstraße (Heft 52, S. 1337 der „Bauwelt“) stehen zurzeit im Vordergrund des Interesses.

Die Stadt plant folgendes, jedoch noch nicht genehmigtes Wohnungs-Bauprogramm für 1925: a) Die Stadt baut selbst rund 100 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern an fertigen Straßen. b) Für die Gemeinnützige Baugenossenschaft werden für über 100 Häuser die in Frage kommenden Hauszinssteuer-Hypotheken zur Verfügung gestellt. c) Für private Baulustige werden für 60—70 Wohnungen Hauszinssteuer-Hypotheken zurückgestellt, so daß insgesamt rund 300 Wohnungen im Jahre 1925 erstellt werden würden.

Der Staat plant einen großen Neubau für die Justizverwaltung im Anschluß an das bestehende Gerichtsgebäude. Es besteht Aussicht, daß das vom Reich geplante und begonnene, jedoch aufgegebenes Büro-Großhaus am Hauptbahnhof in ähnlicher Form seitens der Industrie durchgeführt wird.

Stadtbauamt.

Hamburg (Tiefbau)

Das Hamburger Ingenieurwesen der Baudeputation führt an Tiefbauten aus: den Neubau der Heilwigstraßenbrücke und der Friedrichsberger Brücke, die Fortsetzung der Arbeiten für die Ent- und Bewässerung der Marschlande, die Fortsetzung des Neubaus der Freihafenbrücke, den Bau eines Tidalanals im Billbrook, die Aufschließungsarbeiten zur Baureifmachung von Geländen im Gebiet der Alsterkanalisierungsarbeiten und viele Neu- und Umlegungen von Straßenpflaster und verschiedene Straßen- und Platzänderungen zur besseren Verkehrsmaßregelung.

L e o, Oberbaudirektor.

Limburg (Lahn)

Die Stadt wird voraussichtlich eine achtklassige Schule bauen. Aus den Mitteln der Hauszinssteuer können 40 bis 50 Wohnungen finanziert werden. Die Stadt baut selbst sechs Wohnungen.

Stadtbauamt.

Emmerich

Die Stadt plant den Neubau eines Rathauses und eine Erweiterung des Hafens. Mittels der Hauszinssteuer können dreißig Wohnungen gebaut werden. Die Stadt baute 1924 den überwiegenden Teil dieser Wohnungen, 1925 wird sie nur einen ganz geringen Teil selbst erbauen. Der Bau einer Turnhalle, einer größeren Brausanlage und eines neuen Rheinschwimmbades ist ebenfalls geplant. Die Firma Hartog, Df in Holland, baut eine Margarinefabrik.

K a y s e r, Stadtbaurat.

Helmstedt

Die Stadt will eine Turnhalle und Wohnungen bauen. Für den Kreis Helmstedt (78 000 Einwohner) rechnet man auf 25 Wohnungen. Die Stadt baut zurzeit eine Dreihäusergruppe (sechs Wohnungen) ohne Hauszinssteuerhypothek. Der Staat baut drei Beamten Doppelhäuser. Die Firma Ludwig Hampe, Kammermannspinnerei, will eine größere Erweiterung ihrer Fabriken vornehmen.

W e d e m e y e r, Stadtbaurat.

Hersfeld

An größeren Bauvorhaben sind in Aussicht genommen: Ein Rathausenerweiterungsbau, ein Hotelbau, ein Schulbau- oder Schulneubau, eine Schlachthofserweiterung und der Neubau eines Musikpavillons für den Kurpark. Bei einem Darlehn von 4000 M. je Wohnung werden voraussichtlich 20 neue Wohnungen geschaffen. Ob die Stadt Hersfeld selbst Wohnungsbauten errichtet, steht zurzeit noch nicht fest.

W a g n e r, Bürgermeister.

Fürth (Bayern)

Die Stadt plant die Errichtung eines Krankenhauses, eines Altersheimes, einer Doppelturnhalle, eines Kühlhauses, die Fortsetzung der Neukanalisation und die Ausführung von Pflasterstraßen. Aus den Mitteln der Hauszinssteuer sowie mittels gemeindlicher Sonderdarlehen sollen rund 200 Wohnungen finanziert werden. Die Stadt beabsichtigt, einen Teil der Wohnungen selbst zu bauen.

Stadtbauamt.

Pirna

Die Stadt plant einen Erweiterungsbau der Volksschule Pirna-Copitz für drei Klassenzimmer, den Neubau einer Schule am Sportplatz in Pirna, einen Erweiterungsbau der Höheren Mädchenschule Pirna, einen Erweiterungsbau der Realschule und den zweiten Abschnitt der Stadtbank in der Grohmannstraße.



Pirna, Stadtbank. Entwurf vom Stadtbauamt.

An Straßenbauten werden ausgeführt: Ausbau der Lauterbachstraße, Pflasterarbeiten Reichstraße, Sandgasse, Grohmannstraße, Dahnascher Platz, Hauptstraße in Pirna-Copitz und die Beschleunigung im Stadtteil Rottwerndorf. Die Zahl der Wohnungen, die aus den Mitteln der Mietzinssteuer finanziert werden können, beträgt 26 Wohnungen. Die Stadt baut ein Sechs-Familienwohnhaus in Pirna-Copitz.

Beim sächsischen Finanzministerium Dresden ist die Verbreiterung der Elbbrücke in Pirna auf Staatskosten beantragt worden.

Die Kunstseidenspinnerei Fr. Küttner, Pirna, plant größere Fabrikanlagen und den Neubau einer großen Anzahl von Wohnungen.

K i r s c h n e r, Stadtbaurat.

Siberach

Drei Straßen sollen kanalisiert werden. Die Firma Gustav Gerster, Posamentenfabrik, plant einen größeren Erweiterungsbau. Der Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke Siberach-Riß führt im Allertal eine große Wasserkraftanlage aus.

Stadtbauamt.

Bensheim

Im Jahre 1925 ist der Bau von 20 Wohnungen mit zwei Zimmern nebst Zubehör und 30 Wohnungen mit drei Zimmern und Zubehör vorgesehen. Der Bau einer Kläranlage an dem städtischen Hauptschmuhfammiller zwecks Gewinnung von Düngstoffen, die an die Landwirtschaft verkauft werden sollen, und die Anlage eines Anschlußgleises für das Industriegelände, insbesondere für die bereits daselbst vorhandenen Betriebe, ist geplant.

Stadtbauamt.

Leer

Die Stadt Leer plant eine Viehmarktanlage und vielleicht den Ausbau des Hafens zu Leer. Der Viehmarkt in Leer soll ein vollkommen der Neuzeit entsprechendes Bauwerk werden.

Zu 25 Wohnungen sind bezw. werden je 3000 M. als Zuschuß aus der Hauszinssteuer bewilligt.

Stadtbauamt.

Lippstadt

Aus den Mitteln der Hauszinssteuer sollen im Jahre 1925 75 Wohnungen geschaffen werden, wovon die Stadt einen Teil selbst baut.

L i g g e s, Stadtbaurat.

Arnswalde

Arnswalde baut aus der Hauszinssteuer vier Kleinsiedlungshäuser und ein Beamtenwohnhaus mit je vier Wohnungen.

F r i t z e, Stadtbaurat.

Olag

Die Stadt plant die Beendigung der Vollkanalisation, die Ausführung der Kläranlage und mehrere Straßenbauten. Die Stadt selbst baut voraussichtlich ein Fünffamilienhaus, zwei Zweifamilienhäuser und eine Gruppe von 18 Wohnungen. Insgesamt werden etwa 30 Wohnungen aus den Mitteln der Hauszinssteuer gebaut. Der Bau eines großen Bürohauses ist zur Genehmigung angemeldet.

Stadtbauamt.

Eigene Ermittlungen

Baustoffpreise

Jeder Nachdruck verboten

Wöchentlicher Preisbericht der „Bauwelt“ — 7. Januar 1925

Portlandzement, waggonladungsweise, in Papiersäcken je 10 t frei Waggon. (In Stoffsäcken für je 100 kg 0,90 M. mehr.)

Nachen 435 M	Emden 500 M	Leipzig 485 M
Berlin 470 "	Frankfurt a. D. 520 "	Magdeburg 494 "
Brandenburg 480 "	Görlitz 520 "	München 530 "
Braunschweig 450 "	Halle 480 "	Münster 435 "
Bremen 505 "	Hamburg 480 "	Oberhausen 465 "
Breslau 491 "	Hannover 480 "	Redlinghausen 435 "
Dortmund 435 "	Holzminde 515 "	Rostock 520 "
Dresden 500 "	Köln 445 "	Stettin 480 "
Essen 480 "	Königsberg 700 "	Stuttgart 530 "

Hochwert. Zement (nach 3 Tg. 250 kg/qcm Druckf.) + 120 M.	Sintermauerungssteine aus märk. Ziegeln 36—38 M.
Siccocif-Zement, teurer als Portlandzement, je 10 t 80 "	desgl. hann. u. schles. 32 M., Eggen. u. Uedermünd. 30—32 "
Hochofenzement, billiger als Portlandzement, je 10 t 30 "	Hartbrandsteine 38—42 M. desgl. Freienw. 39,50 "
Eisenportlandzement, billiger als Portlandzement, je 10 t 20 "	Kalksandsteine 30 M., Deckensteine, Kleinsche 53,00 "
	Lochsteine, poröse, 33 M., Vollsteine, poröse 32,00 "
	Kalkschwemmsteine, rhein. 34 M., Zementschwemmsteine 38,00 "
	Viberschwänze, märk. 48, sächs. Lauf, 50, schles. 55,00 "
	Dachpfannen, mitteld. 82 M., Doppelschalziegel, mitteld. 125,00 "
	Verblender, 4/4, rot, 52—54 M., Vormauersteine 42,00 "
	Vormauerungssteine, rdtl. Freienw. 1. Kl. 46 M., 2. Kl. 40,50 "

je 100 kg ab Wert bei waggonweisem Bezug:

Stüdenkalk, Müdersb. 2,05 M., schles., ab Gogolin 1,30 M.
Mauerkalk, sächs., ungel., hydr., m. Berp. 2,00, Puzkalk 2,10
Puzgips, ab Ellrich, Harz, ohne Berp. 1,05, Stutzgips 1,15

je 1000 Stück ab Lager Berlin:

Schlackensteine, Normf., 33 M., Schwemmsteinf. 45,50 M.
Zementdoppelschalziegel 100,00
Glasuren, weiß, 1/2-St. 89 M., 1/4-St. 135 M., 1/2-St. 251,00

je qm ab Lager:

Gipsdielen, 5 cm, 180 M., Bimszementdielen 2,60 M.
Holzstabgewebe, frei Empfangsstation, einzeln 0,66 "
Linoleum (Bauware), 3,6 mm 7,20 M., 2,2 mm 5,30 "
Linoleum-Unterlage, Reinfort, 5 mm stark 1,70 "
Kork-Fußbodenbelag, 7,5 mm stark 5,50 "
Triolin-Bodenbelag, alle Farb., Bauware, fr. Stat. 5,90 "
Platten für Fußb., hydr. gepr., einfach geschliff. je qm ab Wert 30x30x3 cm 7,75 M., 35x35x6,5 cm 10,75 "

Dachpappe, 80er 0,51, 100er 0,44, 150er 0,31, 200er 0,24 M.
Isolierpappe " 1,00, " 0,80, 125er 0,53, " —
Ries je cbm 6,75 4,50—5,20 frei Kahn Berlin 4—4,50 M.
Sand 4,50 3,20 2,80 "
Kalkmörtel, fabrikm. hergestellt, fr. Bau, ausgel. Groß-Berlin innerh. Ringbahn f. Scharwerksarb. je cbm 20,00 "
Konröhren, glas., 100 mm ø, je m 1,62 M., 600 mm 23,63 "

Gasrohre, geschweißt, mit Gewinde und Muffen, je lfd. m
10 mm ø 0,48, verzinkt 0,79, 13 mm ø 0,60, verzinkt 0,96 M.
20 mm ø 0,80, " 1,23, 26 mm ø 1,13, " 1,68 "
Abfußrohre, asphalt., 100 mm l. B. norm. je kg 0,45 "
wie vor, leicht. deutsches Modell je kg 0,46 "
Bleirohre je kg 1,15 "
Bentilzapfhahn, 13 mm Durchmesser je Stück 2,00 "

Am Einzelverkauf je kg ab Haus oder Station des Zielersatz

Leinölfirnis rein 1,22 M.	Fußbodenlack 1,60—2,20 M.
Terpentinlack 0,80	Weißl. f. auß., inn. 1,80—2,50 "
Bleiweiß, rein, in Öl 1,45 "	Scharwerkslack 2,20 "
Delweiß 0,60—0,80 "	Siccato, braun 1,10 "
Lithopone Rotfiegel 0,45 "	Ider 0,22 "
Rintweiß Rotfiegel 1,30 "	Imbraun 0,30 "
Schwammkreide (100 t) 6,00	Italmarin 0,30—0,40 "
Malerleim 100 kg) 22—33,00 "	Ultramarinblau 1,50 "
Erdenleim f. Zapfen 1,60	Schwarz 0,36 "
Knochenleim 1,20	Metallfußbodenf. 0,45—0,60 "
Schellack 8,50	Rostschußfarbe 1,00 "
Serpentinerlack 0,50—0,70	Carbolineum 0,24—0,45 "

Glaspreise im Großen je qm: ohne Einfaß mit Einfaß (Neuarb.)

Fensterglas, 4/4, 3. Sorte, 3,25 M.	4,20—4,40 M.
Mattglas 4/4 3,80 "	5,70 "
Drabtglass, 4—8 mm 9,35 "	13,00 "
Rohglas, 4—6 mm 6,20 "	8,20 "
Ornamentglas, weiß 6,10 "	8,00 "
Kathedrallglas, weiß 5,25 "	8,00 "
Spiegelglas, 6—8 mm (Schauensterglas) ohne Einfaß:	
0,45—0,66 qm Inh. 30,00 M.	1,41—2,31 qm Inh. 33,50 M.
0,66—0,93 " " 31,00 "	2,31—4,65 " " 38,00 "
0,93—1,41 " " 32,50 "	4,65—6,96 " " 40,00 "
Leinöl-Firnislack, beste Sorte, 100 kg 30—32,00 "	

Für 100 kg frei Bahnhof oder ab Lager:
 Stabeisen (Montereisen) grob 17,00 M., fein 18,00 M.,
 Universaleisen 18,00 M., Bandstabeisen 22,50 M., Formeisen (Träger)
 U-Eisen 16,50 M., Bleche, grob 19,50 M., 3—5 mm 21,50 M.,
 3—1 mm 25,00 M., unter 1 mm 26,00 M.

Aus einzelnen Gegenden

Süddeutsche Preise

Portlandzement 530 M. je 10 t frei Empfangsort, einschl. Papiersack. — Weißstüdkalk 258 M., Schwarzstüdkalk 170 M., desgl., gemahlen, in Papiersäcken, 212,50 M. je 10 t ab Werk. Zementkalk, einschl. Papiersäcke 185 M. je 10 t ab Werk. — Baugips 195 M. je 10 t frei Empfangsort, Säcke dazu 50 M. — Kalksandsteine 30 M. je 1000 St. ab Werk. Rheinische Schwemmsteine 25x12x15 cm 32 M. je 1000 St. ab Werk. Schlackenschwemmsteine 25x12x10 cm 49 M. je 1000 St. frei nordbayrischem Empfangsort.

Mauerriegel, rot, gebr., 36,50 M.; weiße Kunstsandsteine 34,70 M.; alles je 1000 Stück ab Werk.

Gipsdielen, 5 cm stark, 1,45 M. je qm ab Lager. Rheinische Bimszementdielen, 5 cm, 1,00 M. je qm ab Werk. Schlacken-Zementdielen, 5 cm, 1,70 M. je qm ab Lager.

Bayerische Hourdis 2,10 M., badische 2,30 M. je qm ab Werk. Bayerische Viberschwänze 58,40 M., Doppelschalziegel 84 M. je 1000 Stück ab Werk.

Hannover und angrenzende Gebiete

Sintermauerungssteine 32 M., Hartbrandsteine 42 M. Lochsteine, poröse, 25 M. Vollsteine, poröse 25 " Deckensteine, Kleinsche, 52 M. Dachpfannen 75 " Verblender, 4/4, rot 80 M. Vormauersteine 45 "

(Alles waggonweise, je 1000 Stück frei Werk.) Stüdenkalk 175 M., Puzgips und Stutzgips, einschl. Säcke, 162 M. (Alles je 10 t ab Werk.)

Schlackensteine, Schwemmsteinform, 55 M., Schwemmsteine, rheinische 85 M. Glasuren, weiß 1/2-St. 82,50 M., 1/4-St. 125 M., 1/2-St. 750 M. (Alles zu 1000 Stück ab Lager.) Gipsdielen, 5 cm, 1,95 M., Bimszementdielen je qm 1,95 M. Kies je cbm ab Lager 5,00 M., Sand, wie vor 3,00 "

Hansastädte, Schleswig-Holstein, Oldenburg

Sintermauersteine, hamb. Frm., fr. Schiff Ziegelei 27,50 M.
Klinker (Hartbrandsteine) wie vor 31,00 "
Verblender, rot wie vor 35,00 "
Dachpfannen, 100 Stück frei Wag. Werk 72,60 "
Schlackensteine, Hamburger Format, 1000 Stück 55,00 "
Schwemmsteine, rhein., 1000 Stück frei Wag. ab Werk 32,00 "
Stüdenkalk, hannov., ab Salzhemendorf, 100 kg 2,10 "
Stutzgips, einschl. Papiersäcke, 100 kg 1,28 "
Gipsdielen, 5 cm, je qm 1,00 M., Bimszementdielen 0,95 "
Portlandzement Hemmoor, einschl. Papiersäcke, fr. Wag. Empfangsort 10 t 480 M., bei Bezug bis 75 Sad im Monat 50 kg 3,35, bei mehr als 75 Sad, 50 kg 3,05 "

Freistaat Sachsen

Waggonweise je 1000 Stück fr. Waggon Wert
 Sintermauerungssteine 35 M., Mauerklinker 53,50 M.
 Verblender, rot 55 M., gelb I 83 M., gelb II 73,50 "
 Viberschwänze 55,00 "

je 10 t ab Wert bei waggonweisem Bezug
 Stüdenkalk (Gera), Graustüdkalk 230,00 M.
 Weißstüdkalk (Frenhura/Instruth) 240,00 M.
 Puz- und Stutzgips (Ellrich) 105,00 M.
 Gipsdielen, 5 cm, je qm 0,90 M.
 Portlandzement, frei Waggon Leipzig, je 10 t 485,00 M.
 fadweiße, 1—49 Säcke, je 50 kg 3,25 M., 50 bis 99 Säcke 3,15 M., 100 und mehr 3,00 "

Ostpreußen (Königsberg)

Für 1000 Stück ab Lager Königsberg

Sintermauerungssteine 37 M.
Quenklinter mitteldeutsche 200 "
Hartbrandsteine, ostpreußische, holländisches Format 75 "
Dachpfannen, ostpreuß., holländ. Format 68 "
Viberschwänze, schlesische 100 "
Schwemmsteine, rhein., 25x12x9,5 cm 120 "
Frei Waggon Königsberg
Stüdenkalk, schles. 50 kg 2,05 M., Zementkalk, Misburger 2,15 M.
Puz- und Stutzgips, Harzer Ware je 50 kg 2,15 M.
ab Lager Königsberg
Gipsdielen, 5 cm, je qm 2,75 M., Bimszementdielen, je qm 3,00 M.
Portlandzement, i. Fäß. je 100 kg 8,20 M., i. Stoffsäck. 7,90 M.

Eigene Ermittlungen
jeder Nachdruck verboten

Baustoffpreise

Bauindex

20. Novemb. 1,690
9. Dezemb. 1,637
23. Dezemb. 1,641

Westpreußen, Danzig und Umgebung

In Danziger Gulden. 25 Gulden = 1 Pfd. Sterling

Table listing building materials like Hintermauerungssteine, Dachpfannen, Schlackensteine, Studgips, etc. with prices.

Preise des Berliner Plankholzhandels für Kieferne Handelsk...

Table listing timber products like Balken, Kantholz, Schalbretter, etc. with prices.

Nichtpreise für den Breslauer Plankholzhandel in Mark je cbm:

Table listing timber products like Kantholz, Fichte, Kiefer, etc. with prices.

Preise des Plankholzhandels in Leipzig und Dresden je cbm:

Table listing timber products like Ostpr. u. poln. Stammkiefer-Fenster- u. Türenholz, etc. with prices.

Nichtpreise für Dachpappe, Isolierpappe und Dachbed...

Table listing roofing materials like Dachpappe, Isolierpappe, etc. with prices.

Tariffstundenlohn und Abrechnungsfähigkeit für Tagelohn...

Table listing wages for various professions like Maurer, Zimmerer, etc. with hourly rates.

Stundenlöhne der Bauarbeiter

Maurer, Zimmerer, Zementierer, Einschaler
Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter

Large table listing hourly wages for various construction workers across different cities.

* bedeutet: Dazu Werkzeuggeld.

Wettbewerbe

Laufende Wettbewerbe

mit Einlieferfrist

20. Jan.: Berliner Baukünstlerische Aufgaben. Heft 1.
 31. Jan.: Kreishaus, Limburg a. d. Lahn. Heft 46.
 1. Febr.: Turnhalle Wismar. Heft 48.
 15. Febr.: Randbebauung Tempelhofer Feld, Berlin. Heft 1.
 1. März: Stadterweiterung Langenbielau. Heft 51.
 1. März: Messehaus Hamburg. Heft 46.
 15. März: Landw. Schule, Deutsch-Krone. Heft 1.

Rathaus in Düsseldorf

Der Finanzausschuß beschloß die Ausschreibung eines Wettbewerbes. Preise und Preisgericht werden noch mitgeteilt.

Kirche mit Gemeindefaß in Luzern

Der Vorstand der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde schreibt mit Frist bis zum 3. November 1925 einen Wettbewerb aus. Eingeladen sind die seit dem 1. Januar 1924 im Kanton Luzern niedergelassenen Architekten, ferner die auswärtigen Architektenfirmen, in denen ein Teilhaber das luzernische Kantonsbürgerrecht besitzt, sowie einige besonders eingeladene außerkantonale Architektenfirmen. Unterlagen gegen Einsendung von 10 Fr. beim Präsidenten der Baukommission, Herrn A. Ramsperger, Arch., Brambergstr. 18, in Luzern.

Kriegerdenkmal in Roth bei Nürnberg

Zur Bervollständigung unserer Meldung in Heft 1 erfahren wir noch, daß das Preisrichteramt u. a. übernommen haben: Oberregierungsbaurath Karl Hoepfel, Vorstand des Landesbauamts Nürnberg, Professor Josef Naderle, Bildhauer an der Akademie für bild. Künste, München, Professor Nida-Rümelin, Bildhauer an der Kunstgewerbeschule Nürnberg, und Professor Rudolf Schiestel, Kunstbildhauer, Nürnberg.

Ulmer Münsterplatzwettbewerb

Das Preisgericht für den Münsterplatzwettbewerb (Heft 22) tagt vom 5. bis 8. Januar in Ulm. Da insgesamt 409 Bearbeitungen eingereicht worden sind, beschloß der Gemeinderat, die Preissumme um 5000 M. zu erhöhen und den Preisrichtern das Verfügungsrecht darüber zu überlassen. Die Entwürfe werden vom 11. bis 18. Januar in der Turnhalle (Charlottenplatz), in der Turnhalle (Glasgasse) und in der Markthalle (Steingasse) ausgestellt. Die vom Preisgericht für die engere Wahl bestimmten Entwürfe werden im Schuhhausaal, östlicher Münsterplatz, den ganzen Monat Januar ausgestellt bleiben.

Stadtansichten von Höchst a. Main

Unter 70 eingereichten Entwürfen erhielten je einen Preis von 400 Mark: Entwurf „Main und Nidda“ von Wilh. Gesslar, die Ausführung dieses Entwurfes wurde dem Magistrat empfohlen; Entwurf „Ufer“ von Wilh. Gesslar, Entwurf „Originalradierung“ von E. J. Jönburger, sämtlich in Frankfurt a. M. Zum Preise von 300 M. angekauft wurde der Entwurf „Nidda“ von L. Göbel-Höchst a. M. Ferner wurden angekauft zu je 100 M.: „Vor der Stadt“, H. Schopp-Frankfurt a. M.; „Altes und Neues A“, H. Schopp-Frankfurt a. M.; „Mosel“, J. Hamm-Frankfurt a. M.; „Moenus“, R. Viringer-Höchst a. M.; „Blick auf Höchst“, R. Herber-Biebrich.

Kriegerdenkmal in Windsheim

An Preisen wurden zuerkannt: Ein 1. Preis: Prof. Ph. Widmer von der Staatl. Kunstgewerbeschule Nürnberg und Arch. Fritz Mayer-Nürnberg; ein 2. Preis: Bildhauer Aug. Billmann-Nürnberg und Arch. Franz Reichel-Nürnberg; ein 3. Preis: Arch. Fritz Mayer-Nürnberg. Belobigungen mit dem Trostpreis erhielten: Bildhauer Hans Albert-Nürnberg, Arch. Hans Philipp-Ansbach, Arch. Fritz Mayer, Bildhauer Prof. Phil. Kitzler und akad. Bildhauer Emanuel Kitzler, sämtlich in Nürnberg.

Kriegerdenkmal in Barel i. D.

Der 1. Preis wurde dem Architekten G. Lübbers, Wilhelmshafen, der 2. Preis Baurat Fröhstück, Oldenburg, der 3. und 4. Preis Architekt S. Ahmels, Jever, zuerkannt.

Rathaus in Teschen

Ein 1. Preis wurde nicht vergeben. Ein 2. Preis von 4900 K. wurde den Architekten Baclavel und Göttlicher, Brünn, ein 2. Preis in gleicher Höhe dem Architekten B. Richter, Plovz, zugeteilt. Den 3. Preis von 3300 K. erhielt Architekt Ant. Bicherec, Teschen, und den 4. Preis von 1900 K. Architekt Ant. Köfler und E. Koch, Jägerndorf.

Schulhaus in Wangen bei Olten (Schweiz)

Im Schulhaus-Wettbewerb erhielt den 1. Preis von 1200 Fr. Architekt W. A. d. a. m. Solothurn, den 2. Preis von 650 Fr. Architekt Fritz Widmer, Bern.

Bauwelt-Auskunftei

Erhöhte Baukosten. S. M. in C. Anfrage: Für eine hiefige Firma habe ich eine Villa errichtet. Im Februar d. J. ist mit den Arbeiten begonnen worden. Bezügl. der Baukosten wurde im Februar d. J. unverbindlich an 16 Mark je Kubikmeter umbauten Raumes gedacht. Das Projekt, für das der Preis mit 16 Mark je Kubikmeter angegeben, wurde nicht ausgeführt.

Im Anschluß hieran wurde aber nach Rücksprache mit dem Bauherrn ein anderes Projekt ausgearbeitet, welches einen herrschaftlichen Charakter bekam. Ueber die Baukosten des neuen Projektes wurde aber erst im Juni d. J. geredet, und zwar sagte der Bauherr mit den Worten in Gegenwart eines Zeugen: „Herr M., ich muß nachher mal mit Ihnen rechnen.“

Zweck dieser Zeilen ist, bei Ihnen anzufragen, ob Sie mir Auskunft geben können, ob ein Bauherr einen bauleitenden Architekten verantwortlich machen kann für die Erhöhung der Baukosten, wenn ein bindendes Angebot nicht vorliegt.

Der hier in Frage kommende Bauherr steht auf dem Standpunkt, mich dafür verantwortlich machen zu können, daß ich ihn nicht richtig unterrichtet hätte, daß die Baukosten so hoch kämen. Andererseits wäre es ja auch Pflicht des Bauherrn gewesen, mich zu beauftragen, die genauen Baukosten festzustellen. Zudem sind ja im Laufe des Jahres auch vielerlei Aufschläge bezügl. Steigerung der Arbeitslöhne und Materialien hinzugekommen.

Antwort: An sich haftet der bauleitende Architekt nicht dafür, daß die in Aussicht genommene Bausumme nicht überschritten wird. Insbesondere dann nicht, wenn keine ausführliche Kostenberechnung vorher angefertigt ist. Die nur schätzungsweise angegebenen Baukosten sind in der Regel nicht für verbindlich anzusehen. Andererseits kann eine Verantwortung des Architekten begründet sein, wenn ihm bei der Schätzung der Baukosten eine grobe Nachlässigkeit nachzuweisen ist. Der Bauherr muß jedoch dann den Nachweis führen, daß der Architekt schuldhaft gehandelt hat, und ferner, daß ihm dadurch ein Schaden entstanden ist.

Soweit sich der Sachverhalt nach Ihren kurzen Angaben überblicken läßt, sind wir nicht der Meinung, daß der Bauherr Sie mit Erfolg Schadenersatzpflichtig machen kann. Insbesondere ist dem Bauherrn entgegen zu halten, daß das zur Ausführung gelangte Projekt in einem ganz anderen Stile gehalten ist, als das erste, fallengelassene Projekt. Rechtsanw. v. N.

Holz wurm im Eichenholz. Anfrage: Gibt es ein Mittel, den Holz wurm aus einer vor zwei Jahren aufgestellten Eichenholztreppe herauszubekommen? Wenn ja, wie heißen diese Mittel?

Antwort: Im allgemeinen werden Harthölzer vom Holz wurm weniger befallen, es sei denn, daß Splintholz mit verarbeitet worden ist. Hieraus ist der Wurm nur sehr schwer zu entfernen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß gelöstes Holz, sowohl die russische harte Eiche, als auch die weichere Speckarteiche, vom Holz wurm nur sehr selten befallen werden. Die Abtötung des Wurms in Ihrer Holzstiege ist nicht einfach und zudem kostspielig. Soll das Aussehen der Hölzer durchaus nicht beeinträchtigt werden, so ist eine sichere Abtötung des Wurmes bei fortgeschrittener Zerstörung nur durch längere Einwirkung giftiger Gase, z. B. Blausäure, zu erzielen. Zu diesem Zwecke muß die Stiege luftdicht abgeschlossen werden. Diese Behandlungsart ist nicht nur teuer, sondern auch gefährlich und nur durch amtliche Desinfektionsstellen auszuführen. — Zur Vertilgung des Wurmes bei noch nicht weit vorgeschrittener Zerstörung hat sich bisher immer das Einspritzen von Benzin, sehr verdünnter Karbolsäure oder Lösung von übermangansaurem Kali bzw. Kupfervitriol mittels Spritzballons bewährt; besser noch wirkt Alkohol. Bei Benzin beachte man große Vorsicht, da dieses, ebenso wie der statt dessen benutzte Schwefelkohlenstoff, feuergefährlich ist. Es darf nur bei Tageslicht mit diesen Mitteln gearbeitet werden. Unmittelbar nach dem Einspritzen muß man die Bohrlöcher sofort verstopfen, damit die aus der Flüssigkeit sich entwickelnden Gase nicht entweichen können. Zum Verstopfen der Bohrlöcher nimmt man feucht gemachten Bolus, mit dem man fest über das wurmfressige Holz hin und her reibt. Außerdem ist zur Bekämpfung des Wurmfraßes Barol und Antorganlösung aus der Chemischen Fabrik Flörsheim Dr. H. Noerdlinger in Flörsheim a. M. mit Erfolg angewendet worden. Ferner empfiehlt das Landesamt für Denkmalpflege, Dresden, Museum, im sächsischen Ministerium des Innern, ein sicheres Mittel, den Holz wurm abzutöten.

Rundholzausnutzung. J. C. in W. Der Einschnitt von zölligen Stamm Brettern erfolgt meist mit einer Trockenstärke von 30 mm. Stellenweise ist man dazu übergegangen, nur 29 mm einzuschneiden, eine Stärke, die für die Verarbeitung ausreicht. Eine entsprechende Bestimmung findet sich in den Handelsgebräuchen für den ostdeutschen Markt nicht. Wenn Sie also 4/4" Stamm taufen und keine besondere Bestimmung getroffen ist, müssen Sie sich mit der Berechnung von 30 mm durch Ihren Lieferanten abfinden, wobei selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die Bretter diese Stärke tatsächlich halten.